



STARKE UMVERTEILUNG, GERINGE MOBILITÄT

I. Einleitung

II. Starke Umverteilung der Einkommen

1. Funktionale und personelle Einkommensverteilung
2. Verteilung der Einkommen
3. Verteilung der Löhne

III. Vermögensbildung und -verteilung

1. Vermögen der privaten Haushalte
2. Vermögen im internationalen Vergleich

IV. Herausforderung Einkommens- und Vermögensmobilität

Eine andere Meinung

Literatur

DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

Seinem gesetzlichen Auftrag entsprechend legt der Sachverständigenrat regelmäßig auf Basis von Haushaltsbefragungen eine aktualisierte Analyse der Verteilung von Einkommen und Vermögen vor. Deutschland ist im internationalen Vergleich eines der Länder mit **mäßiger Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen**. Bis zum Jahr 2005 ist es zu einem merklichen Anstieg der Ungleichheit gekommen, bei dem insbesondere Haushalte mit niedrigen Einkommen relative Einbußen erlitten. Danach ist die Ungleichheit zunächst leicht gefallen und bis zum letzten verfügbaren Beobachtungsjahr 2013 wieder leicht gestiegen.

Die Vermögen sind deutlich ungleicher verteilt als die Einkommen. Allerdings ist die Einordnung des Ausmaßes im internationalen Vergleich schwer, weil die Daten unter anderem durch die fehlende Berücksichtigung von Anwartschaften aus staatlichen Altersvorsorgesystemen verzerrt sind. Dass in Deutschland **niedrigere private Nettovermögen** aufgebaut werden als in den meisten europäischen Ländern, hat verschiedene Gründe. So reduziert beispielsweise das bereits umfangreiche Steuer- und Sozialversicherungssystem gerade für einkommensschwächere Haushalte die Anreize und Möglichkeiten zur privaten Vermögensbildung.

Das **Steuer- und Transfersystem** verteilt in erheblichem Maße Einkommen um und trägt damit zum sozialen Ausgleich bei. Die ungleich verteilten Markteinkommen werden so in sehr viel weniger ungleich verteilte Nettoeinkommen übersetzt. Wollte man der Vermögenskonzentration dadurch entgegenwirken, dass die Intensität der Umverteilung der Einkommen erhöht wird, könnte sich dies als kontraproduktiv erweisen. Denn dies dürfte die Anreize schwächen, durch Qualifikationserwerb und Leistungsbereitschaft überhaupt erst hohe Einkommen zu erzielen.

Aufgrund der verminderten Anreize, zu investieren und Risiken zu übernehmen, ist es nicht ratsam, die **Vermögensteuer** wiederzubeleben. Ohne Ausnahmen für Betriebsvermögen ließe sie sich kaum realisieren. Eine solche Verschonung ist bereits bei der Erbschaftsteuer problematisch. Bei vererbten Vermögen hält der Sachverständigenrat im Gegensatz zum kürzlich gefundenen Kompromiss, der Unternehmen übermäßig verschont, weiterhin eine **Erbschaftsteuer** mit einer breiten Bemessungsgrundlage, aber mit niedrigen Sätzen für den richtigen Weg.

Ein besserer Ansatzpunkt zur Abwendung einer verfestigten Vermögenskonzentration dürfte in der **Erhöhung der Einkommensmobilität** bestehen. Beim Versuch, die Chancengerechtigkeit und damit die Möglichkeiten zum sozialen Aufstieg zu verbessern, sollte das Augenmerk vor allem der frühkindlichen Bildung gelten. Neben dem Ausbau von Betreuungsplätzen geht es dabei darum, dass die Betreuungsangebote tatsächlich angenommen werden. Weiterhin sollte das Bildungssystem durchlässiger gestaltet werden.

I. EINLEITUNG

788. Die Diskussion über die Verteilung von Einkommen und Vermögen hat die globale Agenda erobert. In das Abschlussdokument des G20-Gipfels in China wurde das Ziel einer Reduzierung von Ungleichheit aufgenommen. Aus der Sicht der reicheren Volkswirtschaften steht bei dieser Diskussion meist im Mittelpunkt, dass sich die **Ungleichheit von Löhnen, Einkommen und Vermögen** innerhalb vieler Länder über die vergangenen Jahrzehnte erhöht hat. Doch die zunehmende Ungleichheit hat je nach Entwicklungsstand eines Landes eine unterschiedliche Bedeutung und sollte nicht isoliert von der Entwicklung des Einkommensniveaus betrachtet werden.

Denn die Erhöhung der Ungleichheit in den Schwellenländern und weniger entwickelten Staaten ist mit einem wirtschaftlichen Aufholprozess hin zu den entwickelten Volkswirtschaften einhergegangen. Dadurch sind hohe Zuwachsraten der Einkommen in der Mitte der globalen Einkommensverteilung zu verzeichnen. Über alle Länder der Welt hinweg hat sich dadurch die **globale Einkommensungleichheit verringert** (Lakner und Milanovic, 2016).

789. Während in vielen Industrieländern die Einkommensungleichheit zugenommen hat, zeigt sich in **Deutschland** eine **vergleichsweise stabile Entwicklung**. Zwischen den Jahren 1999 und 2005 ist die Einkommensungleichheit gestiegen. Seither schwankt sie geringfügig und hat sich bis zum Jahr 2013 kaum weiter erhöht. Innerhalb Deutschlands haben sich die regionalen Unterschiede der verfügbaren Einkommen zwischen den Jahren 1995 und 2012 verringert (OECD, 2016). Hierzu dürfte unter anderem die Lohnangleichung in Ostdeutschland in Richtung des Westniveaus beigetragen haben. [▸ ABBILDUNG 83](#)

Im internationalen Vergleich weist Deutschland eine mäßige Ungleichheit der Einkommen auf. Vor Steuern und Transferleistungen ist die Einkommensungleichheit etwas höher, nach Steuern und Transferleistungen etwas niedriger als der OECD-Durchschnitt. Dies belegt ein vergleichsweise **hohes Ausmaß an Umverteilung** in Deutschland. Das deutsche Steuer-Transfer-System zählte im Jahr 2011 zu den am stärksten umverteilenden Sozialsystemen in der OECD (OECD, 2015).

790. Die Verteilung der privaten Vermögen ist im internationalen Vergleich dagegen auffälliger. Zum einen gehört Deutschland zu den Ländern mit der stärksten Vermögensungleichheit. Zum anderen fallen die geschätzten **privaten Nettovermögen vergleichsweise gering** aus. Dabei könnten allerdings Schwierigkeiten bei der Datenerhebung eine Rolle spielen. Außerdem erschweren die unterschiedlichen staatspezifischen Sozialversicherungssysteme den internationalen Vergleich von Vermögenswerten. Werden die Ansprüche aus Rentenanwartschaften bei der Vermögensbildung berücksichtigt, erhöhen sich die Vermögen der Deutschen deutlich, und die Vermögensungleichheit geht zurück (Bönke et al., 2016).

791. Inwiefern eine zunehmende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum steigert oder hemmt, wird derzeit stark diskutiert (JG 2015 Ziffern 498 ff.). Einerseits ist mit einer ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen ein hoher **Anreiz für individuelle Anstrengungen** verbunden. Andererseits können **Verteilungskonflikte** zu gesellschaftlicher und politischer Instabilität beitragen. Dies dürfte vor allem dann der Fall sein, wenn Teile der Bevölkerung ex ante kaum Aussichten auf Erfolg haben, beispielsweise durch beschränkten Zugang zum Bildungssystem oder unterlassene Investitionen aufgrund finanzieller Restriktionen (Benabou, 1996; Perotti, 1996). Empirisch ist der **Zusammenhang** zwischen Ungleichheit und Wirtschaftswachstum jedenfalls **nicht eindeutig**, so dass einzelne empirische Ergebnisse mit erheblicher Vorsicht interpretiert werden sollten (JG 2015 Kasten 17).
792. Ob die bestehenden Einkommens- und Vermögensunterschiede in einer Gesellschaft akzeptabel sind, ist eine **normative Frage**, die hier nicht weiter diskutiert werden kann. Eine wissenschaftliche Analyse der Verteilung und Umverteilung von Einkommen und Vermögen kann jedoch ermitteln, welche Einflussfaktoren die Einkommens- und Vermögensungleichheit vermutlich erhöht oder gemindert haben und welche wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen sich in welcher Weise auf die Ungleichheit auswirken dürften. Da sich beim Einsatz dieser Instrumente oftmals Zielkonflikte ergeben, kann die wissenschaftliche Analyse zudem Abwägungen verdeutlichen.

II. STARKE UMVERTEILUNG DER EINKOMMEN

793. In der Diskussion um die Einkommensverteilung werden verschiedene Ansatzpunkte verwendet, die im Folgenden diskutiert werden. Zunächst wird gezeigt, dass die Abkopplung des Wachstums der Haushaltseinkommen von der Entwicklung des BIP nicht notwendigerweise einen Anhaltspunkt für höhere Ungleichheit bietet. Der zeitliche Verlauf der Verteilung von Haushaltseinkommen vor und nach Abgaben, Steuern und Transfers auf Basis von Umfragedaten weist **keine merkliche Erhöhung der Ungleichheit** über das letzte Jahrzehnt auf. Dies trifft ebenfalls auf die Verteilung der Löhne zu, die eine wesentliche Einkommenskomponente vieler Haushalte darstellen.

1. Funktionale und personelle Einkommensverteilung

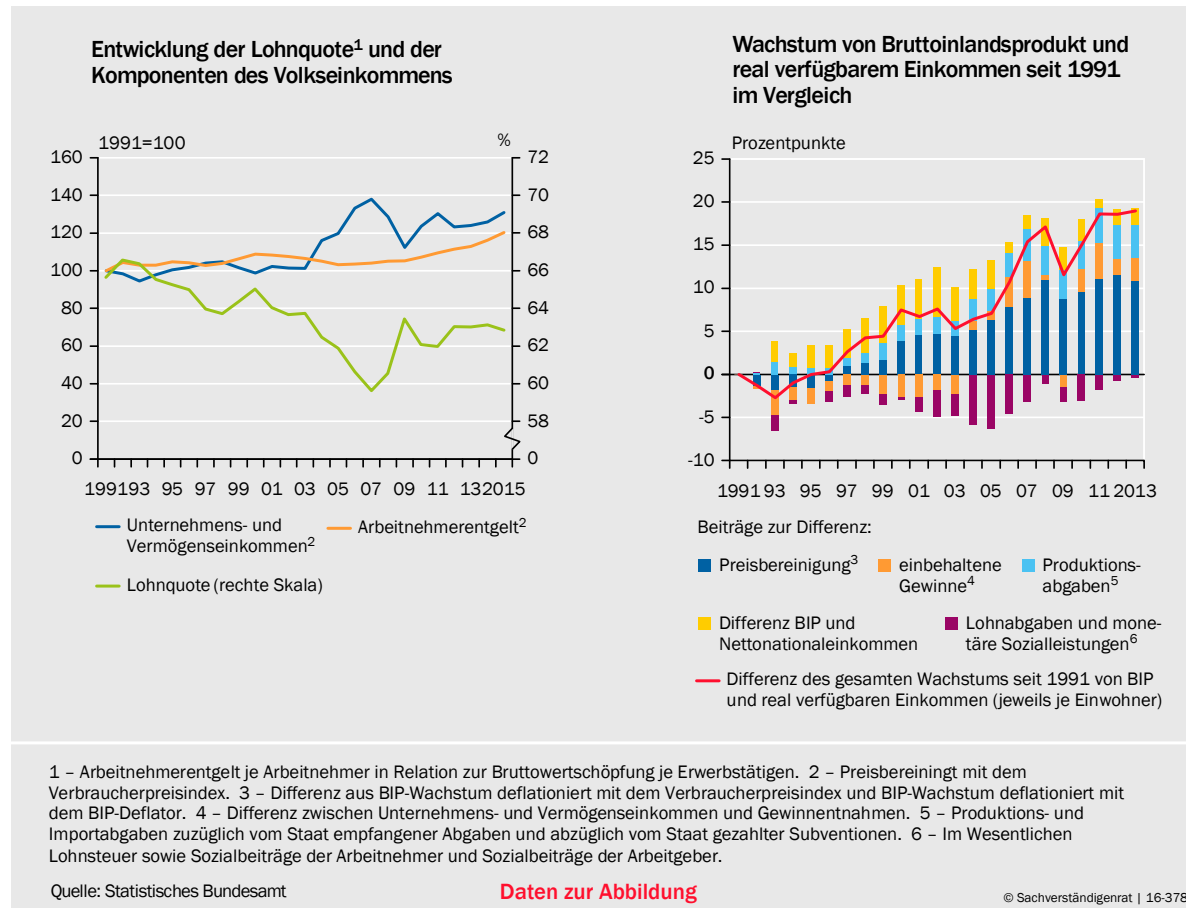
794. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene stellt die **funktionale Aufteilung der Einkommen** zwischen Arbeitnehmern und Kapitaleignern den Ausgangspunkt dar, um die Entwicklung von Einkommen zu analysieren (JG 2012 Ziffern 548 ff.). Dabei zeigt die gesamtwirtschaftliche Lohnquote den Anteil der Arbeitseinkommen am Gesamteinkommen an. Für die Verteilung des Wohlstands in einer Gesellschaft ist die funktionale Einkommensverteilung allerdings kein geeigneter Maßstab. So können beispielsweise Spreizungen innerhalb der Lohnverteilung nicht abgebildet werden.

795. Die **Aussagekraft der Lohnquote** hinsichtlich des Wohlstands der Arbeitnehmer ist **begrenzt**, da sie Kapitaleinkommen der Arbeitnehmer nicht einschließt. Außerdem werden die schwer erfassbaren Arbeitseinkommen Selbstständiger durch das durchschnittliche Arbeitseinkommen abhängig beschäftigter Arbeitnehmer approximiert (JG 2012 Kasten 20). Die in der Öffentlichkeit geführte Debatte über Verteilungsgerechtigkeit wird unter anderem von der Tatsache gestützt, dass die Kapitaleinkommen im Vergleich zu den Arbeitseinkommen überproportional gestiegen sind. Ein Rückgang der Lohnquote hat jedoch im Hinblick auf die Lohnergebnisse einer bestimmten Gruppe von Arbeitnehmern, etwa derjenigen im unteren Lohnsegment, keine Aussagekraft. Nachdem Mitte des vergangenen Jahrzehnts die Lohnquote deutlich abgenommen hatte, ist sie nach der Finanzkrise im Jahr 2008 jedoch wieder spürbar gestiegen und liegt seit dem Jahr 2009 stabil bei etwa 63 %. [ABBILDUNG 102 LINKS](#)

796. Im Mittelpunkt von Einkommensanalysen steht mittlerweile die Untersuchung von Daten auf Personen- und Haushaltsebene. Dabei rückt die **personelle Einkommensverteilung** auf Basis von Befragungen in den Vordergrund. Mit Hochrechnungsfaktoren lassen sich aus der Befragungstichprobe repräsentative Ergebnisse auf die Gesamtbevölkerung ableiten. Einschränkungen der Aussagefähigkeit ergeben sich jedoch aus der Freiwilligkeit der Teilnahme an der Befragung und dem persönlichen Befragungsgegenstand. Gerade die Bezieher hoher Einkommen sind dabei nicht repräsentativ erfasst.

ABBILDUNG 102

Gesamtwirtschaftliche einkommensbezogene Entwicklungen



797. Der Sachverständigenrat greift in seinen regelmäßigen Analysen vor allem auf die Daten des **Sozio-oekonomischen Panels (SOEP)** zurück. Dies ist eine repräsentative, freiwillige Wiederholungsbefragung von Haushalten, die seit mehr als drei Jahrzehnten im jährlichen Rhythmus stattfindet. Das SOEP enthält mit einer zeitlichen Verzögerung umfassende Daten zu den individuellen Einkommen. Da die Einkommensdaten retrospektiv erhoben und anschließend aufbereitet werden, sind sie momentan nur bis zum Jahr 2013 verfügbar.



Für die Analyse von Einkommen stehen verschiedene Befragungsdatensätze zur Verfügung. Generell können durch die Freiwilligkeit der Auskunft mögliche Verzerrungen bei den Angaben auftreten. Im **SOEP** sind bestimmte soziale Gruppen durch Zusatzerhebungen umfassender repräsentiert. Die jährliche Panelstruktur in Verbindung mit der hohen Qualität der persönlichen Interviews ist ein Alleinstellungsmerkmal des SOEP. Im **Mikrozensus**, einer Befragung von etwa 1 % aller privaten Haushalte in Deutschland, ist die Stichprobe zwar deutlich größer. Die Panelbefragung der Dauerstichprobe findet jedoch im Gegensatz zum SOEP schriftlich statt. Der Einsatz schriftlicher Fragebögen ist dabei negativ mit dem Anwerbeerfolg für die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte korreliert (Nimmergut et al., 2004) und kann so Verzerrungen verursachen. Die **Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVS)** ist eine freiwillige und schriftliche Befragung privater Haushalte in Deutschland. Alle fünf Jahre werden Daten zur Einkommens-, Vermögens-, Konsum- und Wohnsituation sowie zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern erhoben. Die in der EVS befragten Haushalte lassen sich zudem nicht über die einzelnen Wellen hinweg verfolgen. Für internationale Vergleiche stehen unter anderem der EU-SILC-Datensatz, der für Deutschland Informationen aus dem Mikrozensus nutzt, und die Luxembourg Income Study, die auf die Daten des SOEP zurückgreift, zur Verfügung. Internationale Vergleiche weisen jedoch naturgemäß erhebliche Probleme auf, weil die Vergleichbarkeit der Daten nicht gegeben ist und sich die institutionellen Rahmenbedingungen von Land zu Land stark unterscheiden. Grundlegend unterschiedliche Ergebnisse liefern die beiden Datensätze jedoch nicht.

798. Für diese Analyse der Einkommensverteilung wird auf zwei verschiedene Einkommenskonzepte zurückgegriffen. Der erste Blick gilt den **Marktäquivalenzeinkommen**. Dieses Konzept umfasst die Einkommen der Haushaltsmitglieder aus selbstständiger und abhängiger Erwerbstätigkeit, aus Vermögen und selbstgenutztem Wohneigentum sowie privaten Transferleistungen (JG 2014 Ziffer 689). Um eine personenbasierte Analyse der auf Haushaltsebene erhobenen Einkommen zu ermöglichen, wird eine **Äquivalenzgewichtung** vorgenommen (Goebel et al., 2015). Die üblicherweise genutzte modifizierte OECD-Skala weist hierfür dem Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1, allen weiteren Haushaltsmitgliedern ab einem Alter von 15 Jahren ein Gewicht von 0,5 und Kindern unter 15 Jahren ein Gewicht von 0,3 zu. Damit werden die Skaleneffekte gemeinsamer Haushaltsführung berücksichtigt. Der eigentliche Analysegegenstand ist letztlich die fiktive individualisierte Verteilung dieser Einkommen.
799. Die Markteinkommen eines Haushalts bilden die Grundlage für die Berechnung der **Haushaltsnettoeinkommen**. Zu den Markteinkommen werden dafür die Renten aus der Gesetzlichen Rentenversicherung und staatliche Transferleistungen addiert, die Einkommensteuer und der Arbeitnehmeranteil der Pflichtbeiträge zu den Sozialversicherungen hingegen davon abgezogen. Die Haushaltsnettoeinkommen werden ebenfalls äquivalenzgewichtet. Wiederum ist da-

her der eigentliche Analysegegenstand die fiktive individualisierte Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen. Der Vergleich von Markteinkommen und Haushaltsnettoeinkommen zeigt die Intensität der Umverteilung durch das Steuer- und Transfersystem auf.

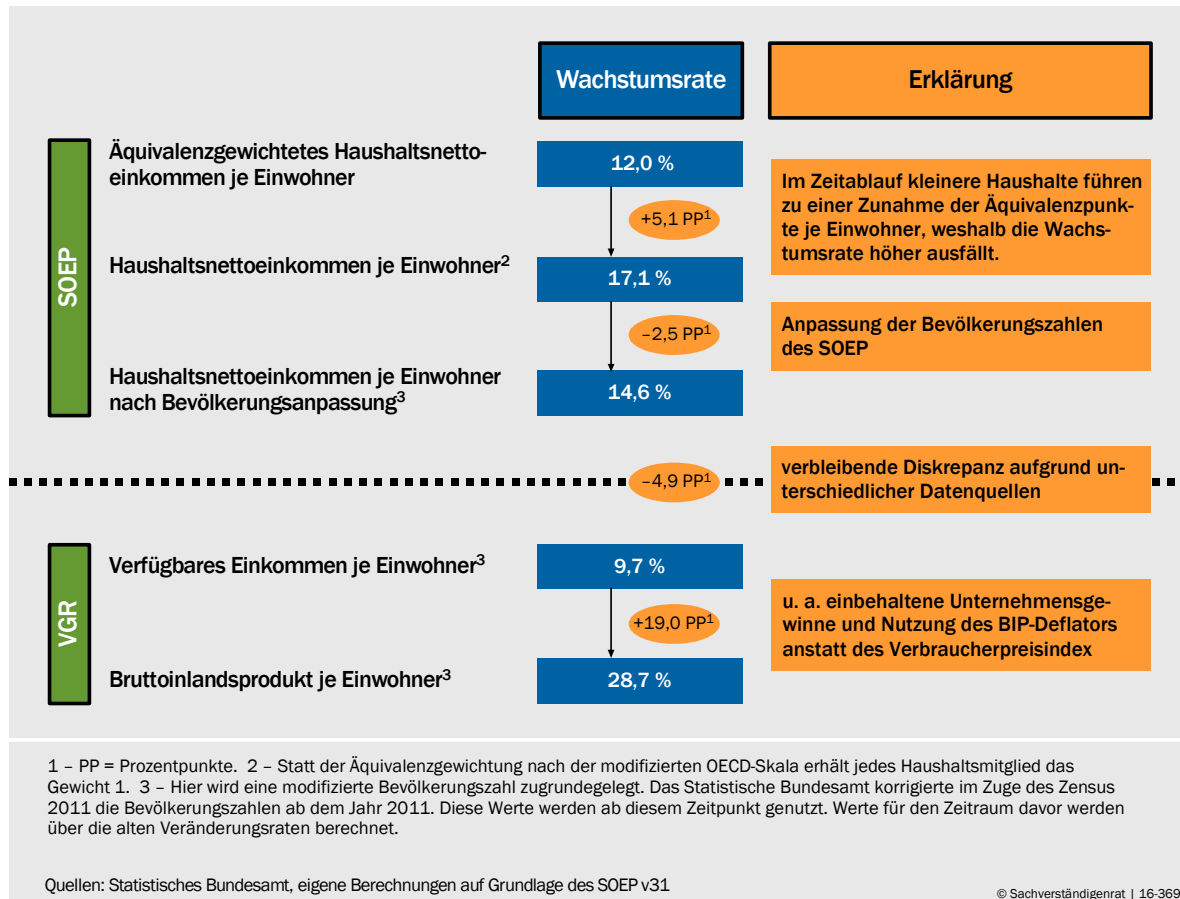
800. Bei jeder Analyse anhand von Mikrodaten aus Haushaltsbefragungen wie dem SOEP stellt sich die Frage, wie gut sie die **Entwicklung auf aggregierter Ebene** – repräsentiert durch die Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) des Statistischen Bundesamts – **nachbilden** kann. So fällt bei den Einkommensdaten des SOEP auf, dass sich die Entwicklung des preisbereinigten durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens deutlich von der des preisbereinigten BIP je Einwohner unterscheidet.

Während die letztgenannte Größe im Zeitraum der Jahre 1991 bis 2013 insgesamt um 28,7 % anstieg, war für das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen lediglich ein Anstieg von 12,0 % zu verzeichnen. In der Verteilungsdiskussion wird die Tatsache, dass das BIP je Einwohner deutlich stärker steigt als die Haushaltsnettoeinkommen, häufig als Zeichen steigender Ungleichheit interpretiert (Nolan et al., 2016).

801. Neben der Problematik verschiedener Datenquellen ist zu beachten, dass das BIP je Einwohner und das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen im Grunde nicht miteinander zu vergleichen sind. So beinhaltet das BIP etwa Komponenten wie Steuern oder Abschreibungen, die in den Haushaltsnettoeinkommen nicht enthalten sind. Eine passendere Vergleichsgröße für das Haushaltsnettoeinkommen des SOEP stellt das ebenfalls durch die VGR ausgewiesene **real verfügbare Einkommen** des Sektors der privaten Haushalte dar.
802. Selbst diese Größe ist konzeptionell nicht identisch mit den Angaben aus Haushaltsbefragungen. So werden in den VGR die in Privathaushalten lebende Bevölkerung, die in Gemeinschaftsunterkünften lebenden Personen und private Organisationen ohne Erwerbszweck, zum Beispiel Kirchen oder Vereine, berücksichtigt. Weitere **Unterschiede** betreffen die Einkommen aus selbstgenutztem Wohneigentum und Teile der Vermögenseinkommen (Schwahn und Schwarz, 2012). Die Zuwachsrate des realen verfügbaren Einkommens je Einwohner laut VGR liegt für den Zeitraum zwischen 1991 und 2013 bei 9,7 % und damit deutlich unter derjenigen des BIP je Einwohner. Sie liegt damit zudem unter der Zuwachsrate des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens von 12,0 % aus dem SOEP. [↘ ABBILDUNG 103](#)
803. Für einen angemessenen Vergleich der Zuwachsraten muss zunächst berücksichtigt werden, dass die Haushaltsnettoeinkommen im SOEP anhand einer **Äquivalenzgewichtung** bestimmt werden. Rechnet man im SOEP-Datensatz die Äquivalenzgewichtung heraus und betrachtet die Einkommensentwicklung je Einwohner, steigt die Zuwachsrate des durchschnittlichen Nettoeinkommens im untersuchten Zeitraum von 12,0 % auf 17,1 %. Zu diesem Befund dürfte beigetragen haben, dass die durchschnittliche Haushaltsgröße kleiner geworden ist (Peichl et al., 2012).

▸ ABBILDUNG 103

Darstellung unterschiedlicher Wachstumsraten verschiedener Einkommenskonzepte von 1991 bis 2013



Daten zur Abbildung

Ferner stimmt nach Hochrechnung der SOEP-Daten auf aggregierter Ebene die **Bevölkerungszahl** nicht exakt mit den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Werten überein. Unter Berücksichtigung dieses Effekts sinkt die Zuwachsrates des durchschnittlichen Nettoeinkommens je Einwohner zwischen den Jahren von 1991 bis 2013 auf 14,6 %.

804. Nach der Bereinigung um diese Effekte verbleibt zwischen dem Anstieg des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens und dem Anstieg des realen verfügbaren Einkommens somit eine **Diskrepanz** von 4,9 Prozentpunkten. Angesichts der Länge des betrachteten Zeitraums und der konzeptionellen Unterschiede ist diese als **relativ klein** einzuschätzen. Sie entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Abweichung der Zuwachsrates von 0,15 Prozentpunkten. Die anhand der Haushaltsdaten des SOEP als verhalten gemessene Entwicklung der verfügbaren Einkommens spiegelt sich in ähnlicher Größenordnung somit in den aggregierten Zahlen der VGR wider, wenn statt des BIP je Einwohner das real verfügbare Einkommen je Einwohner den Vergleichsmaßstab bildet.
805. Die innerhalb der VGR auftretende Differenz zwischen dem Wachstum des preisbereinigten BIP und des realen verfügbaren Einkommens je Einwohner von 19 Prozentpunkten hat verschiedene Gründe. Ein wesentlicher Grund liegt in **unterschiedlichen Preisentwicklungen**. Im Fall des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte wird der amtliche Verbraucherpreisindex (VPI) zur Preisbereinigung herangezogen, der jedoch vom impliziten Deflator des BIP

deutlich abweicht. Der Deflator ist ein Paasche-Index, der im Gegensatz zu einem Laspeyres-Index wie dem VPI die Substitution hin zu günstigeren Gütern berücksichtigt. Deshalb ist in der Regel die langfristig gemessene Inflationsrate bei einem Deflator geringer. Darüber hinaus berücksichtigt der BIP-Deflator nicht nur die Preise für Konsumgüter, sondern auch diejenigen der Investitionen und des Außenhandels.

Zudem wird bei der Deflationierung der Konsumausgaben im Gegensatz zum VPI der Warenkorb jährlich aktualisiert, woraus sich ein Anstieg des Deflators der privaten Konsumausgaben von 38,7 % im Zeitraum 1991 bis 2013 ergibt, während der VPI um 47,8 % anstieg. Beide Indizes unterscheiden sich so im Umfang der betrachteten Güter und in der Berechnungsmethodik. Zwischen den Jahren 1991 und 2013 ist der BIP-Deflator mit 35,0 % wesentlich geringer angestiegen als der VPI. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Preisbereinigung sinkt die Diskrepanz der Zuwachsraten von 19 auf 8 Prozentpunkte. [↘ AB-BILDUNG 102 RECHTS](#)

806. Die verbleibende Diskrepanz lässt sich durch Umrechnungsposten vom BIP zum verfügbaren Einkommen erklären. Hierunter fällt ein stärkerer Anstieg der Abschreibungen sowie der Produktions- und Importabgaben im Vergleich zum BIP. Ein bedeutsamer Posten sind zudem die gestiegenen **einbehaltenen Unternehmens- und Vermögenseinkommen**. Seit der Jahrtausendwende sind diese aufgrund des Entschuldungsprozesses und der zunehmenden internationalen Verflechtung der Unternehmen kontinuierlich angestiegen (JG 2014 Ziffern 421 ff.). Sie zählen zum BIP, sind aber nicht im verfügbaren Einkommen privater Haushalte enthalten. Von den verbliebenen 8 Prozentpunkten können sie 2,7 Prozentpunkte erklären.

2. Verteilung der Einkommen

807. Laut den SOEP-Daten betrug der Durchschnitt des Marktäquivalenzeinkommens, das im Folgenden vereinfachend **Markteinkommen** genannt wird, im Jahr 2013 rund 24 500 Euro, der Median etwa 19 700 Euro in Preisen von 2010. In Westdeutschland lag das durchschnittliche Markteinkommen weiterhin deutlich höher als in Ostdeutschland. [↘ TABELLE 31](#) Bei der Betrachtung der Verteilung der Einkommen werden typischerweise Quantile betrachtet. Dabei stellt ein Einkommensdezil (-perzentil) denjenigen Einkommenswert dar, der ein Zehntel (Hundertstel) der Bevölkerung im Hinblick auf das Einkommen vom nächsten Zehntel (Hundertstel) der Bevölkerung mit höheren Einkommen abgrenzt. Somit liegen jeweils 50 % über und unter dem Median.

Das Markteinkommen am neunten Dezil, also das derjenigen Person, die über mehr Einkommen verfügt als 90 % der Bevölkerung, betrug im Jahr 2013 fast das 50-fache des Einkommens am ersten Dezil (90/10-Verhältnis). Dieser große Unterschied spiegelt sich in einem hohen **Gini-Koeffizienten** von 0,49 wider. Der Gini-Koeffizient ist ein normiertes Ungleichheitsmaß und nimmt Werte zwischen 0 (völlige Gleichverteilung) und 1 (extreme Ungleichheit) an.

TABELLE 31

Einkommen¹ im Jahr 2013 auf Grundlage des SOEP

	Markteinkommen			Nettoeinkommen		
	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
Personen in allen Haushalten						
Mittelwert	24 543	25 900	18 169	22 577	23 417	18 630
Median	19 687	20 788	14 234	19 597	20 290	17 073
Gini-Koeffizient	0,494	0,485	0,526	0,292	0,295	0,259
90/10-Verhältnis	49,1	33,2	415,1	3,6	3,6	3,3
Personen in Haushalten mit mindestens einem erwerbsfähigen Mitglied²						
Mittelwert	28 747	30 118	22 206	23 043	23 874	19 077
Median	24 156	25 386	19 868	20 074	20 612	17 679
Gini-Koeffizient	0,426	0,422	0,432	0,299	0,300	0,273
90/10-Verhältnis	16,1	13,9	36,6	3,7	3,7	3,6

1 – In Euro und in Preisen von 2010. 2 – Als erwerbsfähig gelten Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren.

Quelle: eigene Berechnungen auf Grundlage des SOEP v31

Daten zur Tabelle

© Sachverständigenrat | 16-356

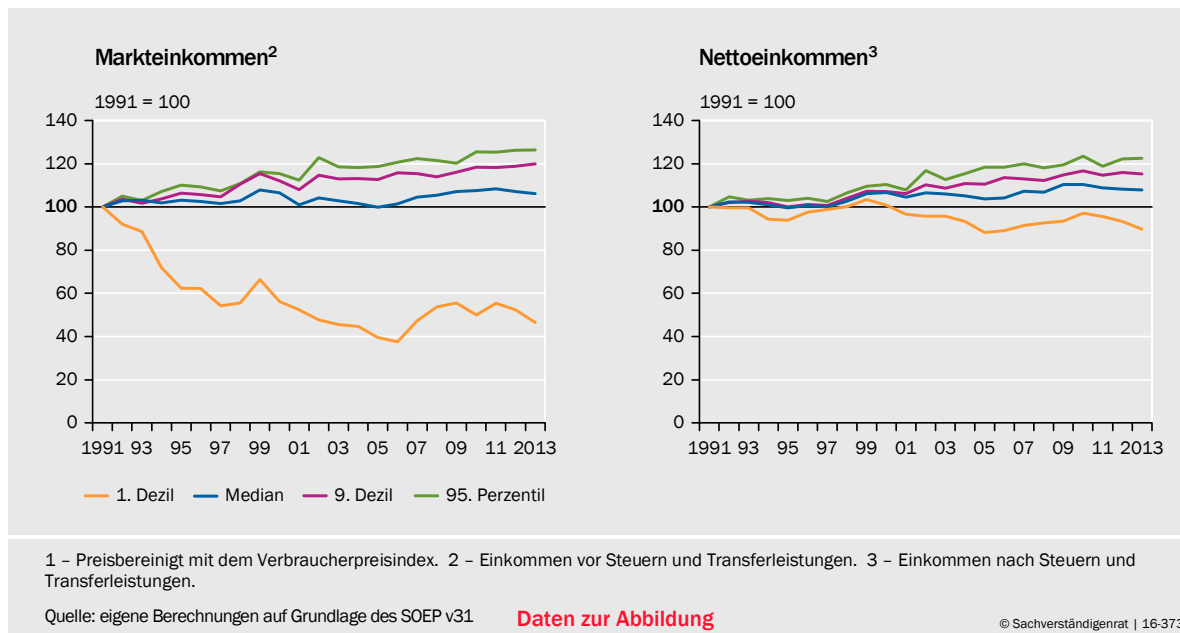
808. Viele Haushalte beziehen nur sehr geringe Markteinkommen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Markteinkommen unter anderem **keine Bezüge aus der Gesetzlichen Rentenversicherung oder Betriebsrenten** einschließt. So gehören zu den Personen mit den 10 % niedrigsten Markteinkommen überproportional viele Personen ab 65 Jahre. Die Betrachtung aller Haushalte vernachlässigt bei der Analyse der Markteinkommen somit, dass in vielen Haushalten keine Arbeitseinkommen erzielt werden.

Daher betrachtet der Sachverständigenrat hier zusätzlich Personen in **Haushalten mit mindestens einem erwerbsfähigen Mitglied**, in denen sich also mindestens eine Person im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 Jahren befindet. Diese Personen beziehen mit durchschnittlich 29 000 Euro im Vergleich zur Betrachtung der Gesamtheit aller Haushalte deutlich höhere Markteinkommen. Zudem fällt das Markteinkommen am ersten Dezil spürbar höher aus. Daher ist das 90/10-Verhältnis mit 16,1 im Vergleich zur Gesamtbevölkerung wesentlich kleiner.

809. Die **realen Markteinkommen** in Haushalten mit mindestens einem erwerbsfähigen Haushaltsmitglied haben sich **innerhalb der Einkommensverteilung unterschiedlich entwickelt**. [ABBILDUNG 104 LINKS](#) Während diese am 90. und 95. Perzentil im Zeitraum zwischen 1991 und 2013 um 20 % beziehungsweise 26 % stiegen, blieb der Median der Markteinkommen nahezu unverändert. Die Markteinkommen am ersten Dezil gingen bis zum Jahr 2005 um etwa 60 % zurück. Seither ist das Einkommen des jeweils untersten Dezils wieder leicht angestiegen.
810. Berechnungen des Sachverständigenrates zeigen, dass dieser Rückgang der Einkommen bis zum Jahr 2005 mit einem vergleichbar starken **Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden** einherging. So lag die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden der einkommensschwächsten 10 % der Personen in Haushalten

▸ **ABBILDUNG 104**

Reale Einkommensentwicklung¹ für Personen in Haushalten mit mindestens einem erwerbsfähigen Mitglied



mit mindestens einem erwerbsfähigen Mitglied im Jahr 2005 etwa 55 % unterhalb des Niveaus des Jahres 1991. Ein Grund für diesen Rückgang dürfte in der veränderten Beschäftigungsstruktur im untersten Einkommenszehntel liegen.

Dies zeigt eine Betrachtung der Haushaltsvorstände. Waren im Jahr 1991 noch 9 % der Haushaltsvorstände in diesen Haushalten im untersten Einkommenszehntel vollzeitbeschäftigt, sank dieser Anteil bis zum Jahr 2005 auf 3 %. Entsprechend stieg der Anteil der teilzeitbeschäftigten Haushaltsvorstände in dieser Gruppe von 8 % auf 14 %. Die anderen Haushaltsvorstände im untersten Einkommenszehntel waren in den Jahren 1991 und 2005 zum überwiegenden Teil nicht beschäftigt. Ein Großteil von ihnen dürfte überwiegend Sozialleistungen erhalten haben.

- 811.** Aufgrund der **erheblichen Umverteilung** ist die Spreizung der **Haushaltsnettoeinkommen** deutlich niedriger als diejenige der Markteinkommen. Im Folgenden werden die individualisierten Haushaltsnettoeinkommen vereinfacht als Nettoeinkommen bezeichnet. Im Durchschnitt lagen sie im Jahr 2013 bei etwa 22 600 Euro, das mittlere Nettoeinkommen bei rund 19 600 Euro. ▸ **TABELLE 31** Das 90/10-Verhältnis bei den Nettoeinkommen betrug lediglich 3,6. Bei den Ungleichheitsmaßen besteht kein wesentlicher Unterschied zwischen der Gesamtpopulation an Haushalten und der Teilmenge von Haushalten mit mindestens einem erwerbsfähigen Mitglied.

Die Umverteilung gleicht die im Vergleich zu Westdeutschland stärkere Spreizung der Markteinkommen in **Ostdeutschland** aus. Ein Grund dafür können die höheren Bezüge von Sozialtransfers in Ostdeutschland aufgrund der dort höheren Arbeitslosigkeit und die vergleichsweise höheren Bezüge gesetzlicher Renten sein. Diese Sozialtransfers werden lediglich bei der Ermittlung der Nettoeinkommen, nicht aber bei den Markteinkommen berücksichtigt.

Die oberen Dezile der Nettoeinkommen sind seit dem Jahr 2000 stärker gestiegen als diejenigen der Markteinkommen. Die **Umverteilungsintensität** hat sich also im Vergleich zu früheren Jahren verringert. Diese Beobachtung ändert jedoch nichts daran, dass das deutsche Steuer- und Transfersystem zu jedem Zeitpunkt in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten eine erhebliche Umverteilung bewirkt hat. Es ist ohnehin schwierig, Dezile von Netto- und Markteinkommen zu vergleichen, da es sich jeweils um andere Personen handelt. Eine solche Verteilungsanalyse eignet sich daher nicht, um die Auswirkungen von Steuerreformen oder anderen Weichenstellungen quantitativ zu bewerten.

812. Beschränkt man die Analyse auf Haushalte mit mindestens einem erwerbsfähigen Haushaltsmitglied, hat das reale Nettoeinkommen am ersten Dezil zwischen den Jahren 1991 und 2013 um rund 10 % abgenommen. [↘ ABBILDUNG 104 RECHTS](#) Der Median der Nettoeinkommen ist ebenso wie die obersten Dezile in demselben Zeitraum real angestiegen.

Die **Erhöhung der Einkommensungleichheit** in den vergangenen 25 Jahren ist vor allem durch die Periode von 1999 bis 2005 getrieben. In diesem Zeitraum stieg der Gini-Koeffizient der Nettoeinkommen von 0,25 auf 0,29. Danach sank der Gini-Koeffizient bis zum Jahr 2009 leicht auf 0,28 und stieg zuletzt wieder auf 0,29 im Jahr 2013. [↘ ABBILDUNG 105 LINKS](#)

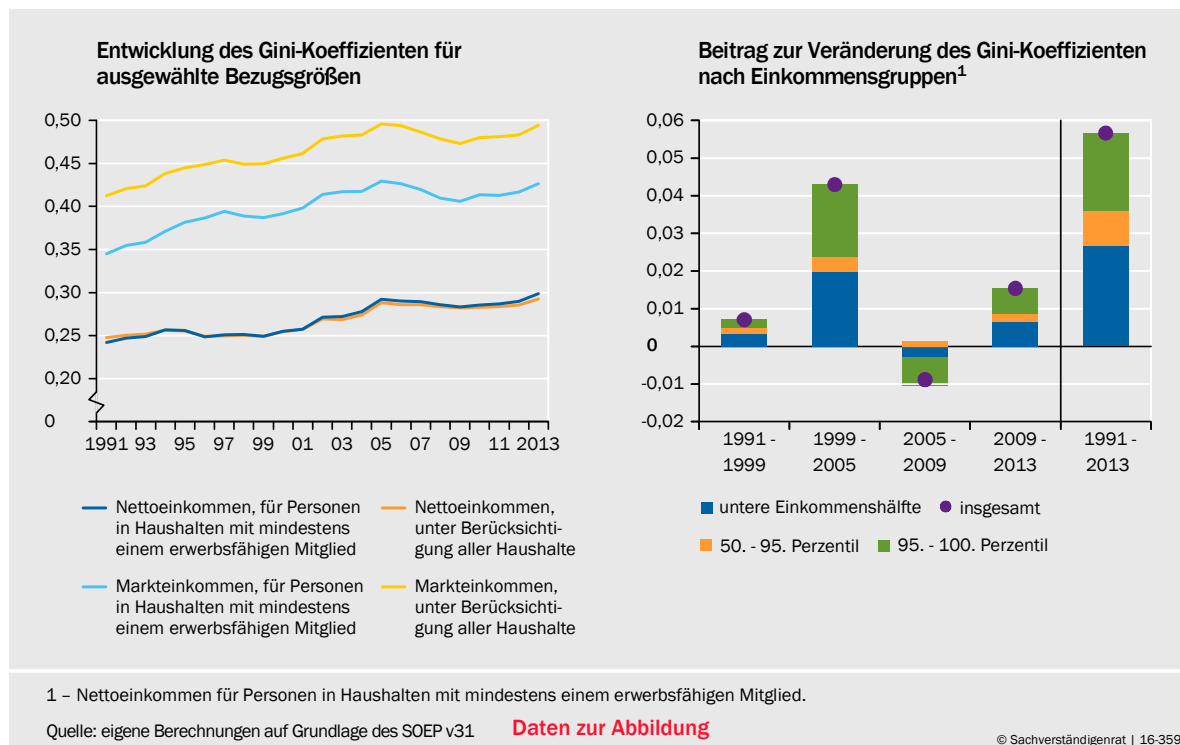
813. Eine **Zerlegung des Gini-Koeffizienten** ermöglicht Aussagen darüber, welche Einkommensgruppen zum Anstieg der Einkommensungleichheit wesentlich beigetragen haben. [↘ ABBILDUNG 105 RECHTS](#) Für den Zeitraum von 1999 bis 2005 kann knapp die Hälfte des beobachteten Anstiegs des Gini-Koeffizienten der Nettoeinkommen in Haushalten mit mindestens einem erwerbsfähigen Mitglied auf die verschlechterte Einkommenssituation der unteren Einkommenshälfte zurückgeführt werden. Die einkommensstärksten 5 % der Personen in diesen Haushalten sind ebenfalls für nahezu die Hälfte des Anstiegs der Ungleichheit verantwortlich.

Der geringe Rückgang der Einkommensungleichheit in den Jahren 2005 bis 2009 kann vor allem auf die leicht gesunkenen Einkommen der 5 % einkommensstärksten Personen zurückgeführt werden. Zwischen den Jahren 2009 und 2013 hat die Ungleichheit wieder etwas zugenommen, wozu ebenfalls die Personen mit den 5 % höchsten Einkommen wesentlich beigetragen haben. Zurückzuführen ist dieser Anstieg unter anderem auf die gestiegene Ungleichheit der Kapitaleinkommen (Grabka und Goebel, 2013).

814. Die persönliche **Einkommenslage erweist sich als verfestigt**, wenn für den Zeitraum der Ausgangsjahre von 1991 bis 2010 die Übergangswahrscheinlichkeiten zwischen zehn gleich großen Einkommensklassen über jeweils die folgenden drei Jahre geschätzt werden: Etwa jede dritte Person findet sich in der gleichen Klasse des Nettoeinkommens wieder, etwa zwei Drittel der Personen steigen höchstens um eine Kategorie ab oder auf. [↘ ABBILDUNG 106 RECHTS](#) Diese Anteile sind im Zeitverlauf etwas angestiegen, was auf eine stärkere Verfestigung der Nettoeinkommen hinweist. Die vergleichsweise großen Abstiegsrisiken um die Mitte des vergangenen Jahrzehnts haben sich seither zugunsten besserer Aufstiegs-

▸ **ABBILDUNG 105**

Entwicklung der Einkommensungleichheit



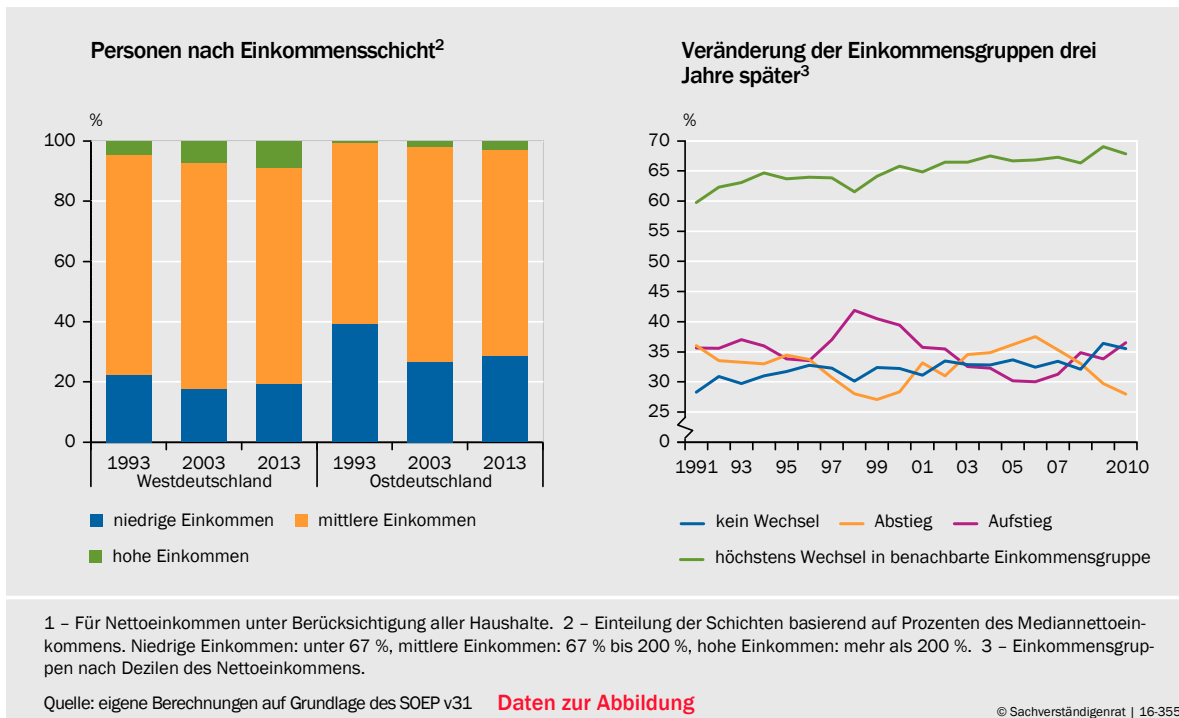
chancen verringert. Aus der Entwicklung der Einkommensmobilität lässt sich ableiten, dass die Nettoeinkommen relativ stabil sind.

815. Dies spiegelt sich in der **Entwicklung der mittleren Einkommen** wider. Diese vielfach als Mittelschicht bezeichnete Einkommensgruppe wird typischerweise als die Bevölkerungsgruppe definiert, die über ein Nettoeinkommen zwischen 67 % und 200 % des Mediannettoeinkommens verfügt (Grabka et al., 2016). In Westdeutschland hat sich der Anteil der Personen mit mittleren Einkommen zwischen den Jahren 1993 und 2013 zugunsten eines Zuwachses der einkommensstarken Personen marginal verringert. ▸ **ABBILDUNG 106 LINKS** Da in Ostdeutschland mehr einkommensschwache Haushalte existieren, ist dort der Anteil der Personen mit mittleren Einkommen allgemein kleiner als in Westdeutschland, im Zeitverlauf aber ähnlich stabil. Damit verläuft die **Entwicklung der Mittelschicht unspektakulär**.

816. Eng verbunden mit der zeitlichen Veränderung der Ungleichheit der Nettoeinkommen ist die Entwicklung des **Armutsrisikos** (Cremer, 2016). Die Armutsrisikoquote wird nach Konvention des Europäischen Rates als Anteil derjenigen Personen bezeichnet, deren Nettoeinkommen niedriger ist als 60 % des Mediannettoeinkommens. Zwischen den Jahren 1998 und 2005 ist die Armutsrisikoquote laut Daten des Mikrozensus von 10 % auf 14 % stark angestiegen. Seit dem Jahr 2005 hat sie sich weiter leicht erhöht, während der Anteil der Empfänger von Mindestsicherungsleistungen in den vergangenen Jahren rückläufig war (JG 2015 Ziffer 495). Die Beobachtung eines gewachsenen Niedriglohnsektors spiegelt diese Entwicklung wider. ▸ **ZIFFERN 752 FF**.

↘ **ABBILDUNG 106**

Entwicklung der mittleren Einkommen und der Einkommensmobilität¹

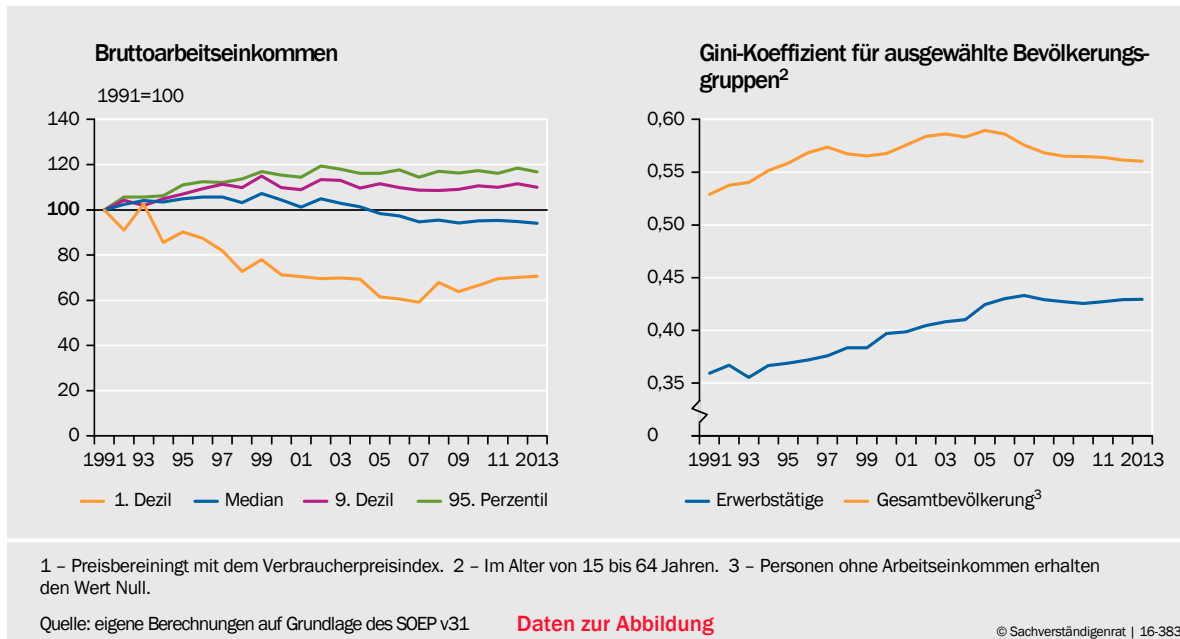


Dabei ist es kein Zufall, dass die zeitliche Entwicklung der Armutsrisikoquote parallel zu derjenigen der Ungleichheitsmaße der Einkommen verläuft. Die **Armutsrisikoquote** ist wie der Gini-Koeffizient ein **Verteilungsmaß** und kann somit keine von der Einkommensverteilung losgelöste Einschätzung der Armut in Deutschland liefern.

3. Verteilung der Löhne

- 817.** Ein Großteil der Einkommen wird auf dem Arbeitsmarkt erwirtschaftet. Im Jahr 2014 entfielen rund 62 % des Bruttoeinkommens auf **Einkünfte aus Erwerbstätigkeit** (Statistisches Bundesamt, 2016a). Um den Einfluss der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt auf die Einkommensungleichheit zu erfassen, bietet sich eine Betrachtung der Lohnverteilung und der Lohnungleichheit an. Im Gegensatz zur Analyse der Einkommen, welche die Haushaltssituation berücksichtigen, werden hierbei die Löhne individueller Arbeitnehmer, genauer die Bruttoarbeitseinkommen, betrachtet.
- 818.** Der Median der **realen Bruttoarbeitseinkommen** lag im Jahr 2013 unterhalb des Niveaus von 1991. Vor allem zwischen den Jahren 1999 bis 2005 sank der Medianlohn. Das oberste Dezil der Lohnverteilung stieg bis zum Jahr 2002 an und blieb seither unverändert. Das unterste Dezil der realen Bruttolöhne ist bis zum Jahr 2007 zunächst deutlich um 40 % gesunken, bevor eine Trendumkehr einsetzte. ↘ **ABBILDUNG 107 LINKS** Eine Erklärung für den zunächst starken Rückgang dürfte der deutliche Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden am unteren Ende der Einkommensverteilung im betrachteten Zeitraum sein. ↘ **ZIF-FER 810**

▸ ABBILDUNG 107

Ungleichheit der realen Bruttoarbeitseinkommen¹

819. Biewen und Juhasz (2012) erklären die Zunahme der Einkommensungleichheit bis Mitte des vergangenen Jahrzehnts hauptsächlich mit der bis dahin gestiegenen Ungleichheit der Löhne. Seitdem weist die **Entwicklung der Lohnungleichheit** unter den Erwerbstätigen auf keine weitere Erhöhung der Ungleichheit hin (Möller, 2016; Felbermayr et al., 2016). ▸ ABBILDUNG 107 RECHTS Gleichzeitig ist die Lohnungleichheit unter der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter nach dem Jahr 2005 leicht zurückgegangen. Das Statistische Bundesamt stellt auf Basis der Verdienststrukturerhebung zuletzt ebenfalls ein Ende steigender Lohnungleichheit fest (Statistisches Bundesamt, 2016b). So ist der Verdienstabstand zwischen Gering- und Besserverdienern zwischen den Jahren 2010 und 2014 nahezu konstant geblieben. Diese Entwicklung kann nicht auf den gesetzlichen Mindestlohn zurückgeführt werden, da dieser erst zum Jahresanfang 2015 eingeführt wurde.

820. Der **Anstieg der Lohnungleichheit im Zeitraum zwischen den Jahren 1999 und 2005** in der oberen Hälfte der Lohnverteilung wird nicht zuletzt durch technologischen Fortschritt erklärt, der hochqualifizierte Arbeitnehmer überproportional bessergestellt hat als geringqualifizierte Arbeitnehmer (Antonczyk et al., 2010). Hochqualifizierte wechseln zudem tendenziell in Unternehmen, die überdurchschnittlich hohe Löhne zahlen. Diese Unterschiede dürften die Lohnungleichheit noch weiter verstärkt haben (Card et al., 2013).

Zum Anstieg der Lohnungleichheit in der unteren Einkommenshälfte werden das steigende Arbeitsangebot und die gesunkenen Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften angeführt. Durch diesen Rückgang wurden Lohnverhandlungen vermehrt von der Branchen- auf die Betriebsebene verschoben und dadurch dezentralisiert (Dustmann et al., 2009; Antonczyk et al., 2010). Zudem dürfte die potenzielle Produktionsverlagerung nach Osteuropa den Lohndruck insbesondere für niedrige Einkommensgruppen erhöht haben (Dustmann et al., 2014).

821. Seit dem Jahr 2005 ist infolge des **Beschäftigungsaufbaus** nach den Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 der Anteil der Bevölkerung, der kein Arbeitseinkommen bezieht, zurückgegangen. ↘ ZIFFERN 736 F. Diese große Personengruppe hat überwiegend Teilzeitbeschäftigung zu relativ niedrigen Löhnen aufgenommen (Burda und Seele, 2016). Dadurch ist die bis zum Jahr 2006 stetig angestiegene Lohnungleichheit unter den Erwerbstätigen zum Stillstand gekommen, während die Lohnungleichheit in der Gesamtbevölkerung abnahm (Felbermayr et al., 2016; Grabka et al., 2012; Schmid und Stein, 2013).
822. Zudem vernachlässigt ein bloßer Vergleich der Lohnungleichheit zwischen zwei Zeitpunkten, dass sich die **Zusammensetzung der Personengruppen** innerhalb der Lohnverteilung über die Zeit verändern kann. Durch die Änderung der Alters- und Qualifikationsstruktur der Erwerbstätigen können rund 25 % der Veränderung der Lohnungleichheit erklärt werden (JG 2014 Ziffer 522). Stärkeren Einfluss hat dabei das steigende Durchschnittsalter, das allein 12 % der veränderten Lohnungleichheit erklärt.

III. VERMÖGENSBILDUNG UND -VERTEILUNG

823. In Deutschland verfügen private Haushalte typischerweise über ein im internationalen Vergleich **relativ geringes Vermögen**, der Median liegt bei 60 000 Euro in Preisen von 2010. Die Privatvermögen sind zudem vergleichsweise ungleich verteilt. Vermögens- und Einkommensposition hängen eng miteinander zusammen. Zum größeren Teil werden Vermögen aus angesparten Einkommen aufgebaut. Erbschaften spielen eine geringere Rolle. Dabei sind die Chancen auf einen Aufstieg in höhere Vermögenspositionen gering.

1. Vermögen der privaten Haushalte

824. Die Erfassung von Vermögenskomponenten ist wesentlich aufwändiger und problembehafteter als die von Einkommenskomponenten. Erstens sind viele **Vermögensgegenstände**, wie Betriebs- oder Immobilienvermögen, **schwer zu bewerten**. Zweitens ist die Erfassung privater Vermögenstitel problematisch, wenn die Befragten darüber keine Auskunft geben können oder möchten. Daher dürften durch Befragungen erhobene Vermögenssummen tendenziell unterbewertet sein. So wird das aggregierte Bruttogeldvermögen in allen Vermögensbefragungen systematisch unterschätzt (Grabka und Westermeier, 2014). Drittens werden Anwartschaften beispielsweise aus dem umlagefinanzierten Rentensystem oder Betriebsrenten üblicherweise nicht zum Vermögen hinzugechnet.
825. Für die Analyse der Vermögensentwicklung hat der Sachverständigenrat in der Vergangenheit bereits auf Schwerpunkterhebungen des SOEP zurückgegriffen, die inzwischen für die drei Erhebungsjahre 2002, 2007 und 2012 vorliegen (JG 2014; Grabka und Westermeier, 2014). Mit der zweiten Welle der **Panel-**

studie „private Haushalte und ihre Finanzen“ (PHF) der Deutschen Bundesbank wurde in diesem Jahr ein weiterer Befragungsdatensatz veröffentlicht. Er erfasst die Vermögensbilanzen von privaten Haushalten weit detaillierter als das SOEP, allerdings ist die Stichprobe kleiner.



Die Panelstudie **private Haushalte und ihre Finanzen (PHF)** ist eine Haushaltsbefragung zur Finanzsituation privater Haushalte in Deutschland im Rahmen des Euro-System Household Finance and Consumption Survey (HFCS) der Europäischen Zentralbank. Die Befragung wird von der Deutschen Bundesbank durchgeführt. Bisher liegen zwei Wellen (2010 und 2014) vor. Im PHF werden die Vermögenspositionen mit über 30 Fragen deutlich detaillierter erfasst als im SOEP mit acht Fragen. Es werden einzelne Spar- oder Anlagekonten erhoben sowie Vermögenspositionen, die im SOEP unberücksichtigt bleiben, wie zum Beispiel Kraftfahrzeuge. Verträge zur betrieblichen Altersvorsorge, stille Beteiligungen und geleistete Bürgschaften werden genauso wie Anwartschaften an die Gesetzliche Rentenversicherung hingegen nicht mit zum Vermögen gezählt. Die Stichprobe des PHF hat mit 3 565 Haushalten mit 7 084 Personen (Welle 1) und 4 461 Haushalten mit 9 256 Personen (Welle 2) nur etwa ein Drittel der Stichprobengröße des SOEP. Dennoch können mithilfe von Hochrechnungsfaktoren repräsentative Ergebnisse für die Gesamtbevölkerung Deutschlands ermittelt werden. Um dies zu gewährleisten, wird eine Zusatzerhebung sehr vermögender Haushalte durchgeführt. Das SOEP trägt durch eine zusätzliche Teilstichprobe „Einkommensstarke Haushalte“ diesem Effekt ebenfalls Rechnung. Verlässliche Statistiken zum Ausmaß der Unterschätzung hoher Vermögen liegen in Deutschland nicht vor. Die Antwortbereitschaft bei der Erhebung des PHF ist besonders bei den Einkommensfragen hoch; Fragen zu privaten Pensionsbezügen und Einkommen aus Finanzanlagen werden aber relativ häufig verweigert (Zhu und Eisele, 2013).

- 826.** Die genauere Erfassung der Vermögenskomponenten trägt dazu bei, dass die **Nettovermögen der Haushalte in den PHF-Daten** höher sind als im SOEP (Grabka und Westermeier, 2014). So besaß der Medianhaushalt in der PHF-Stichprobe ein Nettovermögen von knapp 60 000 Euro im Jahr 2014 in Preisen von 2010, während Berechnungen des SOEP aus dem Jahr 2012 ein Nettovermögen für den Median von 46 000 Euro ergeben. ↘ **TABELLE 32** Wer ein höheres Nettovermögen hat als 90 % der Bevölkerung, verfügt laut PHF über 450 000 Euro; wer gar 99 % der Bevölkerung hinter sich lässt, verfügt über mehr als 2 Mio Euro.
- 827.** In der **gesamtwirtschaftlichen Vermögensbilanz** der VGR ermittelt das Statistische Bundesamt das sektorale Nettovermögen, wobei private Haushalte zusammen mit privaten Organisationen ohne Erwerbszweck ausgewiesen werden. In dieser Abgrenzung besaßen die privaten Haushalte im Jahr 2010 ein Nettovermögen in Höhe von 9,1 Billionen Euro, in den Jahren 2012 und 2014 waren es in Preisen von 2010 9,4 beziehungsweise 10,0 Billionen Euro. Dabei werden einzelne Vermögensaggregate abweichend definiert (Deutsche Bundesbank, 2013, S. 28 f). Insbesondere bei Unternehmensbeteiligungen im Besitz von Haushalten wird das buchhalterische Eigenkapital und nicht der typischerweise höhere Marktwert berücksichtigt.

In der ersten Welle des Jahres 2010 erreichte das auf die Bevölkerung hochgerechnete Nettovermögen aus dem PHF eine **Abdeckung** von 89 % im Vergleich

TABELLE 32

Entwicklung der Nettovermögen in Deutschland über alle Haushalte

	SOEP ¹			PHF	
	2002	2007	2012	2010	2014
in Euro (in Preisen von 2010)					
Mittelwert	164 677	158 018	147 501	199 171	204 165
Median	42 616	41 768	45 720	53 646	59 625
9. Dezil	413 317	397 124	372 909	451 364	445 681
99. Perzentil	1 455 594	1 465 325	1 321 881	1 960 100	2 148 021
SOEP: 2002=100, PHF: 2010=100					
Mittelwert	100	96,0	89,6	100	102,5
Median	100	98,0	107,3	100	111,1
9. Dezil	100	96,1	90,2	100	98,7
99. Perzentil	100	100,7	90,8	100	109,6
Verteilungsmaße					
Gini-Koeffizient	0,750	0,755	0,741	0,753	0,758
90/50-Verhältnis	9,7	9,5	8,2	8,4	7,5
1 – Um Vergleiche über die Zeit hinweg robust gegen Ausreißer zu gestalten, werden die oberen 0,1 % aller Ausprägungen zensiert.					
Quelle: eigene Berechnungen auf Grundlage des PHF und SOEP v31					

© Sachverständigenrat | 16-214

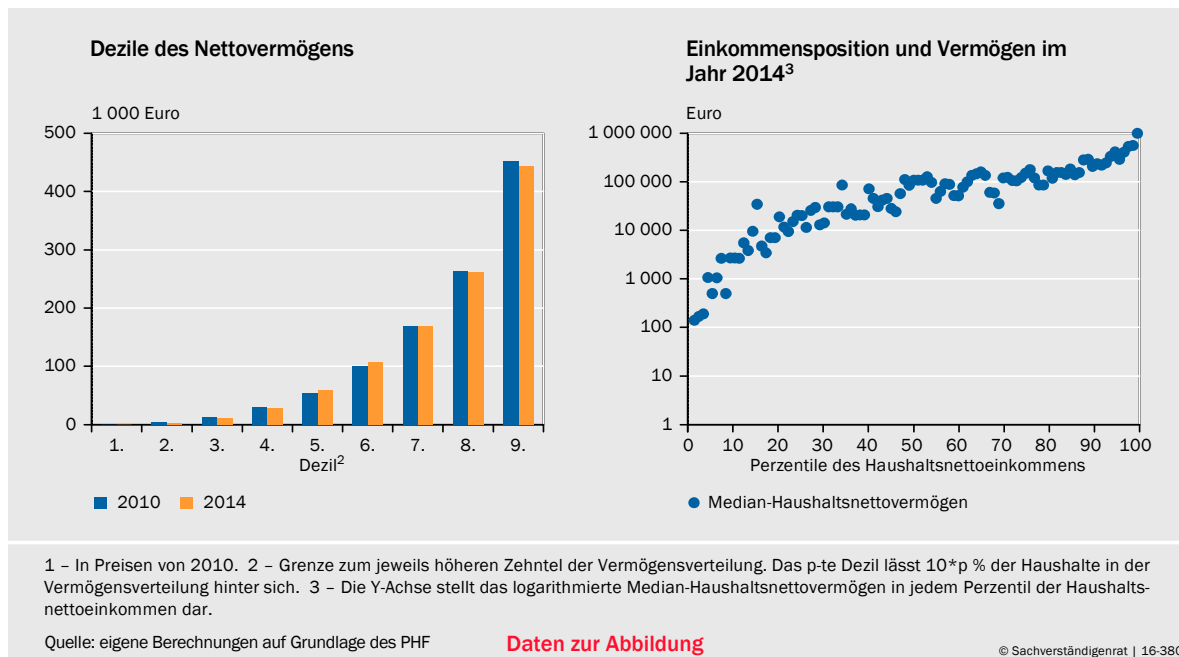
Daten zur Tabelle

zur gesamtwirtschaftlichen Vermögensbilanz für private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck, in der zweiten Welle im Jahr 2014 waren es 86 %. Das SOEP erreichte bei der Erhebung im Jahr 2002 eine Abdeckung von 90 %, im Jahr 2012 aber nur noch 64 % der Vermögensbilanz, was in erster Linie auf eine gesunkene Erfassungsquote bei Immobilien zurückgeführt wird (Grabka und Westermeier, 2014). Diese hohen Schwankungen schränken die statistische Validität des SOEP ein.

828. Laut dem SOEP verfügt ein gutes Fünftel der Haushalte über **kein oder ein negatives Nettovermögen**, das heißt die Schulden übersteigen das Bruttovermögen. Dies trifft allerdings nur auf 9 % der Haushalte im PHF zu, bei dem allerdings mit den Kraftfahrzeugen im Gegensatz zum SOEP eine wichtige Komponente des Vermögens erfasst wird. Führt man die Analyse auf der Ebene von Personen durch, wäre zu vermuten, dass die ausgewiesene Vermögensungleichheit höher ausfiele. Denn in vielen Fällen kann eine Nettoverschuldung von Personen durch andere Haushaltsmitglieder abgedeckt werden.
829. Die ausgewiesene Verteilung der Nettovermögen offenbart, dass sich die große Masse der Vermögen auf relativ wenige Haushalte konzentriert. Insgesamt sind die **Nettovermögen deutlich ungleicher** verteilt als die Nettoeinkommen. Im Jahr 2014 verfügten die reichsten 10 % der Haushalte in Deutschland über 60 % des gesamten Nettovermögens. Dagegen besaß die untere Hälfte lediglich 3 % des Nettovermögens (Deutsche Bundesbank, 2016a). Die Dezile des Nettovermögens stellen die genauere Entwicklung der Vermögensverteilung dar. [AB-BILDUNG 108 LINKS](#) Die unteren 20 % der Haushalte besitzen kaum Nettovermögen. Zwischen den Jahren 2010 und 2014 konnten lediglich in der Mitte der Verteilung reale Vermögenszuwächse verbucht werden.

▸ **ABBILDUNG 108**

Verteilung der Nettovermögen von privaten Haushalten¹



830. Wie bei der Einkommensverteilung zeigt sich eine **hohe Persistenz der Vermögenspositionen**. Zur Analyse der Mobilität in den PHF-Daten werden zehn gleich große Vermögensklassen gebildet. Zwischen den Jahren 2010 und 2014 verblieben 38 % der Haushalte in der gleichen Vermögensklasse, 78 % stiegen höchstens eine Klasse auf oder ab. Tendenziell ist der Aufstieg in eine höhere Vermögensklasse mit 37 % etwas höher als die Abstiegswahrscheinlichkeit (25 %).

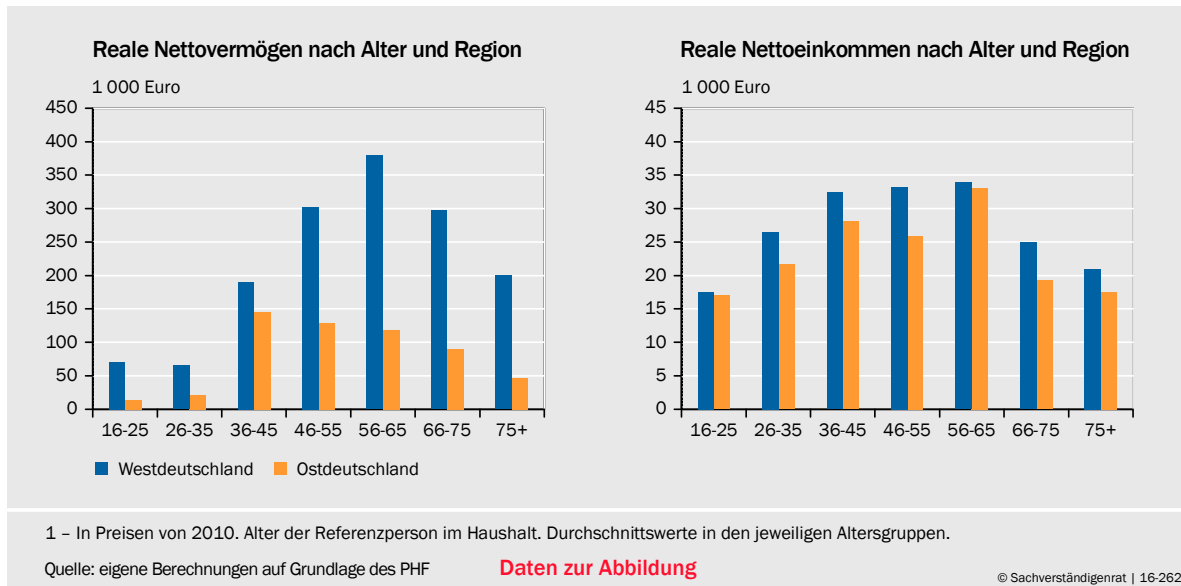
Einkommen und Vermögen sind stark korreliert. Haushalte, die am unteren Ende der Einkommensverteilung liegen, verfügen über relativ niedrige Vermögen, und Haushalte um den Median der Einkommensverteilung liegen in der Nähe des Medians der Vermögensverteilung. ▸ **ABBILDUNG 108 RECHTS** Die einkommensstärksten 10 % der Haushalte verfügen über 37 % der Gesamtvermögen. Die einkommensärmere Hälfte der Haushalte besaß im Jahr 2014 rund 23 % des gesamten Nettovermögens in Deutschland (Deutsche Bundesbank, 2016a).

Dieser Zusammenhang deutet darauf hin, dass höhere Einkommen, die wiederum mit Qualifikation und beruflicher Stellung eng verknüpft sind, den Vermögensaufbau erleichtern. Dabei dürfte die Beitragspflicht zur Gesetzlichen Rentenversicherung die private Vermögensbildung verdrängen (Attanasio und Rohwedder, 2003; Engelhardt und Kumar, 2011; Hurd et al., 2012). Rund zwei Drittel der Vermögen werden durch Einkommen generiert, während Erbschaften rund ein Drittel ausmachen (Bönke et al., 2016). Allerdings besteht Einkommen nicht nur aus Arbeitseinkommen, sondern auch aus Kapitaleinkommen, das mit bereits vorhandenem Vermögen erzielt wird.

831. Zwischen **Ost- und Westdeutschland** besteht ein deutlicher Unterschied in den Nettovermögen. ▸ **ABBILDUNG 109 LINKS** Das mittlere Haushaltsnettovermögen lag im Jahr 2014 in Westdeutschland bei 236 000 Euro, in Ostdeutschland hin-

↘ **ABBILDUNG 109**

Nettvermögen und -einkommen privater Haushalte in Deutschland nach Altersgruppen im Jahr 2014¹



gegen bei nur 85 000 Euro. Der Unterschied kann auf eine Pfadabhängigkeit zurückzuführen sein, da der Vermögensaufbau in Ostdeutschland im Wesentlichen auf der Nachwendezeit beruht. Die Ungleichheit der Nettvermögen fällt in Ostdeutschland höher aus als in Westdeutschland. Jedoch gibt es Anzeichen für einen **nachhaltigen Aufholprozess**: Zwischen den Jahren 2010 und 2014 sind die durchschnittlichen Nettvermögen der Haushalte in Ostdeutschland um 23 % gestiegen, während sie in Westdeutschland nahezu stagnierten.

Für ältere Personen sind die Nettvermögen zwischen Ost- und Westdeutschland besonders ungleich verteilt. Dies ist vorrangig auf die Teilung Deutschlands zurückzuführen, da westdeutsche Haushalte 40 Jahre lang über bessere Möglichkeiten zum Vermögensaufbau verfügten.

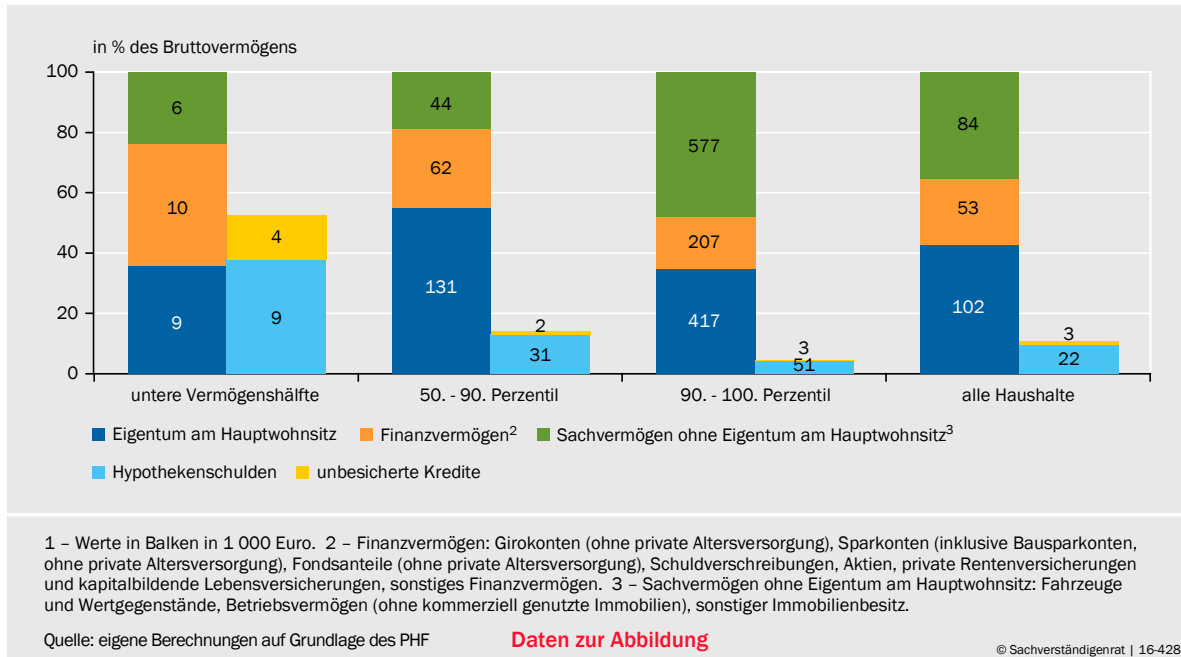
832. Die Verteilung von Nettvermögen und Nettoeinkommen nach Alterskohorten deutet auf ein **Lebenszyklusmuster** hin. Während der Ausbildung und im Ruhestand ist üblicherweise weniger Nettvermögen vorhanden, während die Menschen die Phase des Berufslebens nutzen, um den Vermögensbestand bis zum späteren Erwachsenenalter hin zu erhöhen. Einkommen und Vermögen erreichen ein Maximum im Alter von 56 bis 65 Jahren und nehmen danach wieder ab. ↘ **ABBILDUNG 109**

Über die Generationen hinweg ist die **Einkommensungleichheit** in den vergangenen Jahrzehnten angestiegen. In den 1960er-Jahren geborene westdeutsche Männer sind im Verlauf ihres Lebens mit einer um 85 % höheren Ungleichheit konfrontiert als ihre Väter (Bönke et al., 2015).

833. Ein besseres Verständnis der Verteilungskennzahlen lässt sich durch die Betrachtung der **Portfoliostruktur der Haushalte** gewinnen. Das selbstgenutzte Wohneigentum stellt laut den PHF-Daten mit einem Anteil von gut 40 % am gesamten Bruttovermögen die bedeutendste Vermögenskomponente dar. ↘ **ABBILDUNG 110** Sonstiger Immobilienbesitz, Sachvermögen, Betriebsvermögen sowie Fahrzeuge und Wertgegenstände waren im Jahr 2014 mit knapp 40 % ebenfalls

▾ ABBILDUNG 110

Portfoliostruktur des Haushaltsvermögens nach Perzentilgruppen im Jahr 2014¹



ein bedeutsamer Teil der Bruttovermögen. Die Verschuldung der privaten Haushalte macht etwa 10 % des gesamten Bruttovermögens aus. Der wichtigste Grund für Verschuldung ist eine Hypothek am Hauptwohnsitz. Qualitativ zeigen sich keine bedeutenden Unterschiede zwischen den Daten aus PHF und SOEP (JG 2014 Tabelle 27).

- 834.** Die Portfoliostruktur verschiedener Haushaltstypen zeigt die **Heterogenität der Vermögenskomponenten** auf. So sticht hervor, dass das Finanzvermögen – hauptsächlich Spar- und Girokonten – bei Haushalten der unteren Vermögenshälfte mit etwa 40 % einen relativ hohen Anteil des Bruttovermögens ausmacht. Für Haushalte, die in der Vermögensverteilung zwischen dem Median und unterhalb des neunten Dezils liegen, spielt das Immobilienvermögen eine größere Rolle, wobei der Beleihungsgrad mit Hypothekarkrediten geringer als bei ärmeren Haushalten ist. Die 10 % reichsten Haushalte unterscheiden sich durch einen hohen Anteil an Betriebsvermögen und eine relativ geringe Verschuldung. Absolut ist ihr Immobilienvermögen am höchsten (Deutsche Bundesbank, 2016a).
- 835.** Das anhaltende **Niedrigzinsumfeld** dürfte Auswirkungen auf die Vermögen der privaten Haushalte haben. Geringere Zinseinnahmen auf die privaten Ersparnisse stehen geringeren Zinsausgaben bei der Verschuldung gegenüber. Über den Konjunkturzyklus hinweg erwartet die Deutsche Bundesbank keine nennenswerten Verteilungswirkungen durch niedrige Leitzinsen. Jedoch sind die Auswirkungen mangels kontrafaktischer Situationen sehr schwer abzuschätzen (Deutsche Bundesbank, 2016b).
- 836.** Allerdings können Vermögenspreisanstiege im Zuge **außergewöhnlicher geldpolitischer Maßnahmen** kurzfristig verteilungswirksam sein, wie die Studie von Adam und Tzamourani (2016) analysiert. Ein hypothetischer Haus-

preisanstieg wirkt sich in Staaten mit hohen Wohneigentumsquoten ungleichheitslindernd auf die Nettovermögen aus; in Deutschland würde sich die Ungleichheit dadurch nur leicht verringern.

Ein Anstieg der Aktienpreise kann die Vermögensungleichheit hingegen erhöhen. Steigende Anleihepreise haben in Deutschland und im Euro-Raum durchschnittlich keine Auswirkung auf die Vermögensungleichheit. Während im derzeitigen Niedrigzinsumfeld verschuldete Haushalte eventuell eine Zinersparnis realisieren können, sind Haushalte mit niedrigem Vermögen von steigenden Vermögenspreisen oftmals weniger positiv beeinflusst als Haushalte mit bereits hohem Vermögen. Dabei spielt die in Deutschland stark verbreitete Anlage in Spar- und Sichteinlagen eine Rolle, die derzeit nahezu keine Renditen bietet.

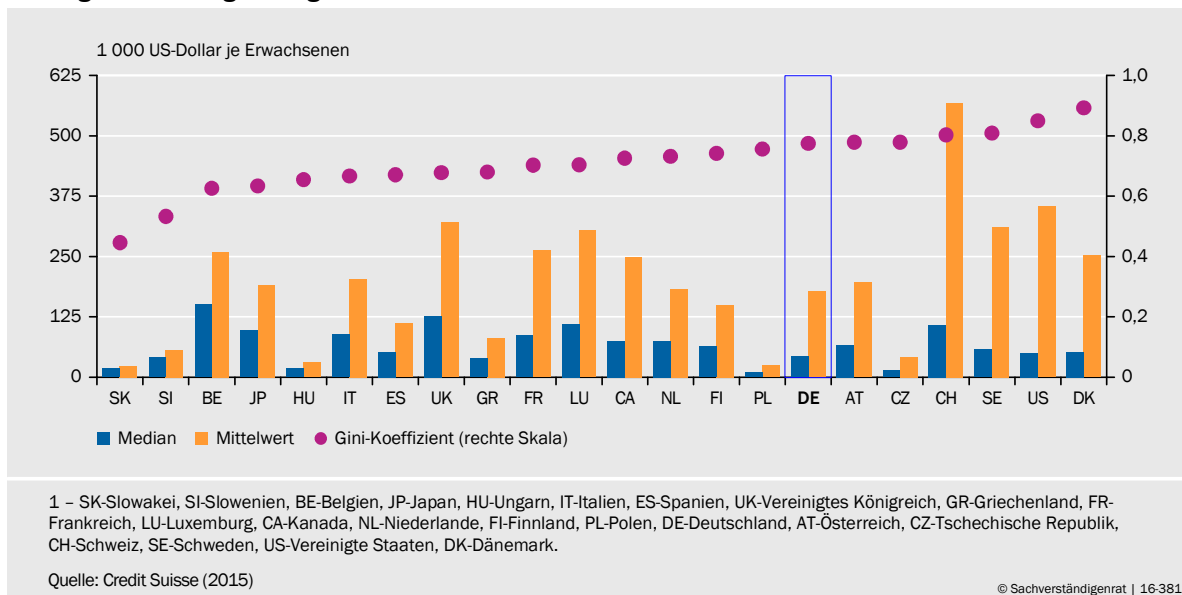
2. Vermögen im internationalen Vergleich

837. Haushalte in Deutschland weisen im Vergleich zu anderen Ländern ein geringes Nettovermögen auf. Dieses Ergebnis geht auf die europaweite Erhebung des Household Finance and Consumption Surveys (HFCS) zurück, der von der Europäischen Zentralbank durchgeführt wurde (EZB, 2013). Deutschland gehört zudem zu den Staaten mit einer **starken Vermögensungleichheit**. Eine Studie der Credit Suisse (2015) kommt qualitativ zu den gleichen Ergebnissen, weist aber zusätzlich Vermögenswerte für die skandinavischen Länder aus. [ABBILDUNG 111](#)

838. Die Organisation der Alterssicherung erschwert dabei den internationalen Vergleich von Vermögensverteilungen erheblich, weil die **Ansprüche gegenüber staatlichen Rentenversicherungen** im Vergleich meist unberücksichtigt bleiben, wie dies ebenfalls im HFCS der Fall ist (Tiefensee und Grabka, 2016). Wechselt man bei der Analyse auf die Ebene von Personen, lassen sich die Rentenanwartschaften hinzurechnen. Im Ergebnis verdoppelt sich das durchschnittliche Nettovermögen je Person. [ABBILDUNG 112 LINKS](#)

▸ ABBILDUNG 111

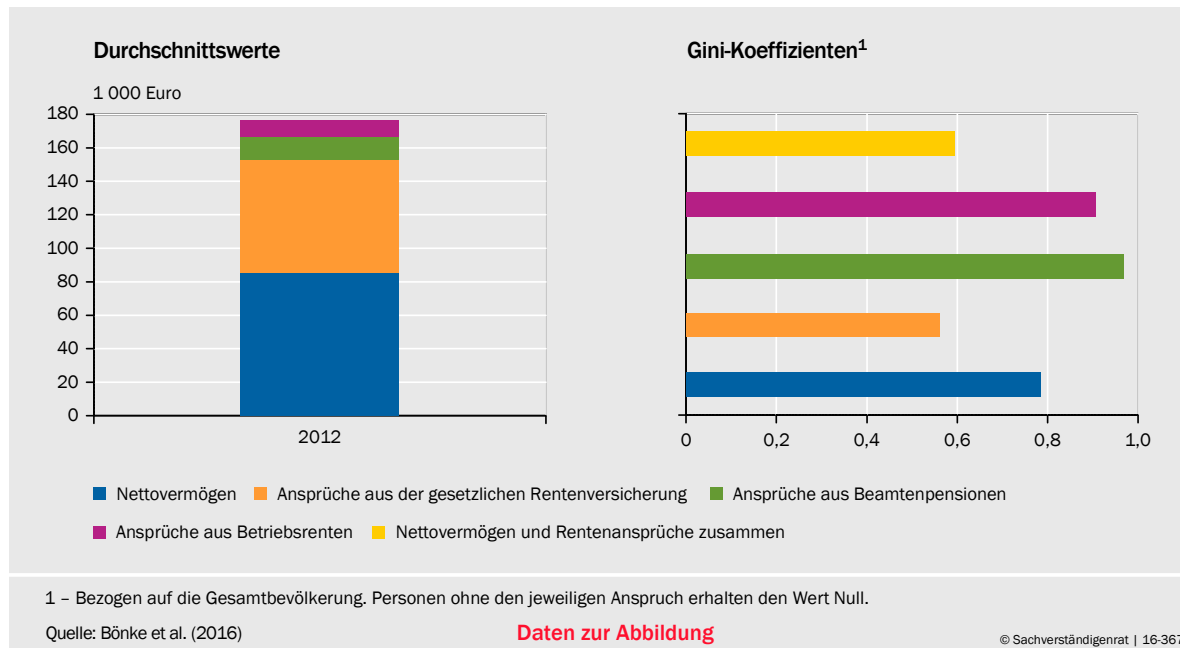
Vermögensverteilung in ausgewählten Ländern im Jahr 2015¹



Daten zur Abbildung

▸ **ABBILDUNG 112**

Verteilung der Nettovermögen und Rentenanwartschaften auf Personenebene im Jahr 2012



Insbesondere zeigt sich, dass die Vermögensungleichheit unter Berücksichtigung von Rentenanwartschaften **um etwa ein Viertel geringer** ausfällt (Bönke et al., 2016). Dabei wirkt die Hinzurechnung von Ansprüchen aus der Gesetzlichen Rentenversicherung stark ungleichheitsmindernd, während der geringere Abdeckungsgrad von Betriebsrenten und Beamtenpensionen eine Erhöhung des Gini-Koeffizienten bewirkt. ▸ **ABBILDUNG 112 RECHTS** Lediglich 6 % der Gesamtbevölkerung haben Anspruch auf eine Beamtenpension, was den hohen Gini-Koeffizienten in diesem Bereich erklärt.

839. Deutschland weist **niedrigere private** Nettovermögen als die meisten europäischen Länder aus. Als Erklärung werden die folgenden Punkte angeführt:

- Das **Eigentum an selbstgenutzten Immobilien** fällt im internationalen Vergleich gering aus, und die **Immobilienpreise** stagnierten bis vor einigen Jahren. ▸ **ZIFFER 398** In vielen anderen Ländern haben steigende Immobilienpreise hingegen in Kombination mit dem Hebeleffekt einer Hypothekendarfinanzierung wesentlich zum Nettovermögen der Immobilieneigentümer beigetragen. Für den international niedrigen Anteil privater Personen mit Wohneigentum gibt es verschiedene Erklärungsansätze. ▸ **KASTEN 28**
- Das Anlageverhalten der deutschen Haushalte ist geprägt von einem relativ hohen Maß an **Risikoaversion und Liquiditätspräferenz** (Annuß und Rupprecht, 2016). Dies zeigt sich im Ländervergleich beispielsweise anhand eines hohen Anteils von Sichteinlagen und Versicherungsansprüchen. Dies lässt die realen Renditen der Finanzanlagen der Haushalte niedriger ausfallen als risikoreichere Anlageformen (Brandmeir und Holzhausen, 2015).
- Das umfangreiche System der **Sozialversicherungen** führt zu einem geringeren privaten Vermögensaufbau, wenngleich die Sparquote der Haushalte auf hohem Niveau liegt (Börsch-Supan et al., 2001; Kim und Klump, 2010). Neben der spezifischen Organisation der Alterssicherung dürfte die

Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland zur geringeren Akkumulation von Haushaltsvermögen beitragen, da die Bereitschaft zu riskanteren Anlageformen mit dem Alter abnimmt (Le Blanc et al., 2014).

↳ KASTEN 28

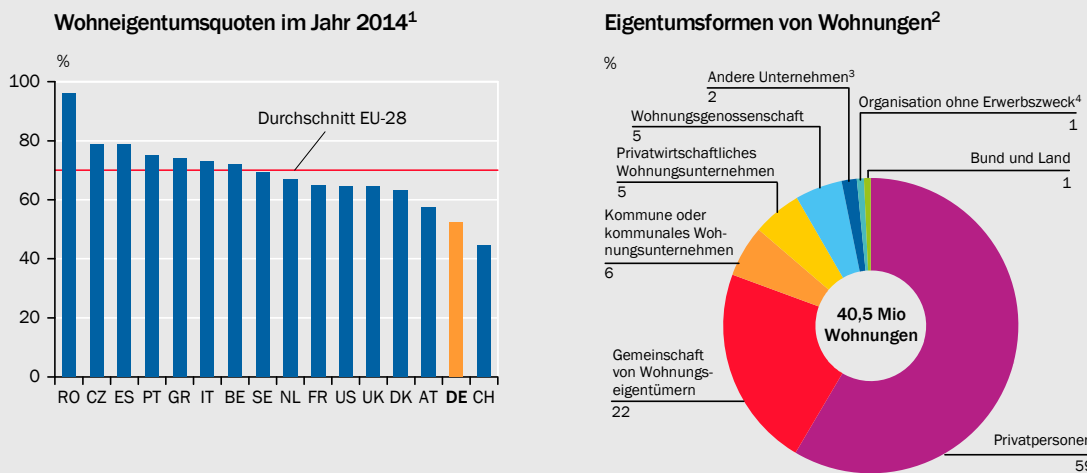
Warum gibt es in Deutschland so wenig selbstgenutztes Wohneigentum?

Mit 52 % fällt der Anteil der privaten Haushalte, die in den eigenen vier Wänden wohnen, international gering aus. ↳ **ABBILDUNG 113 LINKS** Allerdings befinden sich über drei Viertel aller Wohnungen in Privateigentum. ↳ **ABBILDUNG 113 RECHTS** Der **Anteil des selbstgenutzten Wohneigentums** ist insbesondere in Ballungsräumen und in Ostdeutschland gering (Lerbs und Oberst, 2014).

Der hohe Anteil von in Mietwohnungen lebenden Haushalten kann teilweise auf **historische Gründe** zurückgeführt werden. Im Zweiten Weltkrieg wurden über vier Millionen Wohnungen zerstört oder beschädigt, und der Wohnungsbestand reduzierte sich um 20 %. Zusätzlich waren circa zwölf Millionen Menschen von Flucht oder Vertreibung betroffen und hatten etwaiges Wohneigentum verloren. Das entsprach rund 20 % der Bevölkerung Westdeutschlands. Um den Wohnungsnotstand zu lindern, wurde im Jahr 1950 mit dem Ersten Wohnungsbaugesetz eine umfangreiche Förderung sozialen Wohnungsbaus initiiert (Voigtländer, 2009).

↳ **ABBILDUNG 113**

Wohneigentum nach ausgewählten Ländern und Eigentumsformen in Deutschland



1 - Anteil der Haushalte mit selbstgenutztem Wohneigentum. RO-Rumänien, CZ-Tschechische Republik, ES-Spanien, PT-Portugal, GR-Griechenland, IT-Italien, BE-Belgien, SE-Schweden, NL-Niederlande, FR-Frankreich, US-Vereinigte Staaten, UK-Vereinigtes Königreich, DK-Dänemark, AT-Österreich, DE-Deutschland, CH-Schweiz. 2 - Anteil an allen Wohnungen. Abweichungen in den Summen rundungsbedingt. Ohne Diplomatenvohnungen, Wohnungen ausländischer Streitkräfte und gewerblich genutzte Wohnungen. 3 - Privatwirtschaftliche. 4 - Zum Beispiel Kirche.

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, U.S. Census Bureau, Zensus 2011

Daten zur Abbildung

© Sachverständigenrat | 16-363

Mit einer umfassenden Mietpreisregulierung wurde der Grundstein für den in Deutschland stark regulierten, **mieterfreundlichen Mietwohnungsmarkt** gelegt. Daraus hat sich ein vergleichsweise großer und hochqualitativer Sektor an Sozialwohnungen entwickelt. Obwohl die Mietpreise später in vielen Teilen Deutschlands dereguliert wurden, lassen der große Mietwohnungsmarkt, die immer noch recht mieterfreundliche Regulierung sowie teilweise noch niedrige Bestandsmieten die Miete im Vergleich zum Immobilienkauf attraktiver erscheinen.

Weiterhin wird Wohneigentum im internationalen Vergleich wenig gefördert. So können Hypothekenzinsen bei selbstgenutztem Wohneigentum in Deutschland im Gegensatz zu vielen Ländern nicht steuerlich in Abzug gebracht werden. Im Jahr 2005 wurden außerdem die Eigenheimzulage ausgesetzt und die degressive Abschreibung für Mietwohnbauten abgeschafft. Allerdings besteht kein klarer Zusammenhang zwischen **Eigentumsförderung** und Eigentumsquoten.

IV. HERAUSFORDERUNG EINKOMMENS- UND VERMÖGENSMOBILITÄT

840. Nachdem die Einkommensungleichheit im Zuge der ungünstigen Lage am Arbeitsmarkt bis ins Jahr 2005 zugenommen hatte, ist sie bis zum Jahr 2009 zurückgegangen. Seither ist sie wieder leicht angestiegen. Das Steuer-Transfer-System hat über diesen gesamten Zeitraum in beträchtlichem Maße einen **sozialen Ausgleich** herbeigeführt, indem es dafür gesorgt hat, dass die Ungleichheit der Nettoeinkommen wesentlich geringer ist als die der Markteinkommen.
841. Die marktorientierten **Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010** sowie die Lohnzurückhaltung der Arbeitnehmer haben sich als zielführend erwiesen, um Wachstum und Beschäftigung sicherzustellen. Sie verhalfen mehr Menschen zu Arbeitseinkünften und dürften so dazu beigetragen haben, dass die vormals zunehmende Einkommensungleichheit nicht weiter anstieg. Denn Arbeitslosigkeit, gerade bei jungen Erwerbstätigen, bewirkt eine Verschlechterung der Verdienstaussichten über das gesamte Erwerbsleben. Daher ist die **Vermeidung von Arbeitslosigkeit** und des damit verbundenen Verlustes an Humankapital besonders wichtig.
842. Aus Sicht des Sachverständigenrates spricht daher vieles dafür, ein stärkeres Gewicht auf **Beschäftigung und Aufstiegschancen** statt auf Umverteilung zu legen, um Teilhabe und Wohlstand zu sichern. Wollte man der Konzentration der Vermögen durch eine höhere Intensität der Umverteilung der Einkommen begegnen, könnte sich dies als kontraproduktiv erweisen. Denn dies dürfte die Anreize schwächen, durch Qualifikationserwerb und durch Bereitschaft zu Leistung überhaupt erst hohe Markteinkommen zu erzielen. Direkte Eingriffe in das Lohngefüge am Arbeitsmarkt, wie der gesetzliche Mindestlohn, oder Maßnahmen, welche die Flexibilität der Unternehmen beeinträchtigen, wie eine Regulierung von Zeitarbeit und Werkverträgen, drohen die Arbeitsnachfrage und somit Beschäftigungschancen zu reduzieren.
843. Eine wesentliche Herausforderung für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik liegt in der **Einkommensmobilität**. Die beobachtete Stabilität der Einkommensklassen verdeutlicht, dass Einkommens- und Vermögenspositionen verfestigt sind. Dies ist allerdings nicht zuletzt ein Spiegelbild des stabilen und hohen Anteils der Haushalte, die mittlerweile in der Einkommensverteilung zur Mittelschicht gezählt werden können. In früheren Jahrzehnten vollzogen sich Bildungsaufstieg und die damit verbundene Einkommensmobilität auf der Basis einer gänzlich anderen Ausgangsverteilung der Bildung in der Elterngeneration. Eine ähnlich starke Expansion des Bildungssektors wie in den Jahrzehnten der Nachkriegszeit wird sich nicht wiederholen lassen.

Angesichts der Bildungsexpansion ist es nicht überraschend, dass die Präferenz für eine im Hinblick auf die Bildung gleichrangige Partnerwahl in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen ist: Insbesondere steht in der jüngeren Generation gut ausgebildeten Männern mittlerweile eine ebenso große Zahl gut ausgebilde-

ter Frauen gegenüber (Grave und Schmidt, 2012). Tendenziell erhöht sich damit die Einkommensungleichheit, ohne dass sich daraus politischer Handlungsbedarf ergibt.

844. Bildung ist ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Beschäftigungs- und Verdienstaussichten. Jedoch bleibt der Bildungsstand des Elternhauses für den Bildungserfolg der Kinder wesentlich (Heckman, 2006; Hanushek und Woessmann, 2011). Die **Bildungspolitik** sollte daher anstreben, verbleibende Defizite bei der **Chancengerechtigkeit** abzubauen und die Durchlässigkeit des Bildungssystems, also den Wechsel zwischen unterschiedlichen Bildungswegen, in den Vordergrund zu stellen. Eine verbesserte Chancengerechtigkeit könnte langfristig die Einkommensmobilität erhöhen. Dies könnte, muss aber nicht notwendigerweise zu einer Reduktion der Einkommensungleichheit führen.
845. Für eine Stärkung der Chancengerechtigkeit sollten die öffentlichen Mittel stärker auf den **Beginn des Bildungslebenszyklus** ausgerichtet werden, da die gesellschaftliche Bildungsrendite dann besonders groß ausfallen dürfte. Die Ausweitung frühkindlicher Betreuungsangebote in den vergangenen Jahren ist in diesem Licht positiv zu bewerten und sollte weiter vorangetrieben werden. Dies würde den Betreuungsbedarf gerade für Kinder unter zwei Jahren besser decken und so die engere Einbindung von Müttern in den Arbeitsmarkt ermöglichen (JG 2013 Ziffern 743 f.). Erfolgversprechend für den weiteren Bildungsweg sind möglicherweise die Nutzung einer **kontinuierlichen Betreuung bis zum Schuleintritt** sowie der Zugang zu Ganztagschulen (JG 2013 Ziffer 765).

Ein gesteigertes Betreuungsangebot kann nur dann die gewünschte Wirkung entfalten, wenn es qualitätsorientiert umgesetzt und in hinreichendem Umfang angenommen wird. Noch immer beteiligen sich verhältnismäßig wenige **Familien mit Migrationshintergrund oder mit niedrigem Bildungsstand** am frühkindlichen Betreuungsangebot, wenngleich die Kinder aus diesen Familien dadurch besonders gefördert würden. Diesem Problem könnte mit der Einführung eines verpflichtenden, kostenfreien Vorschuljahres begegnet werden (JG 2013 Ziffer 584; JG 2009 Ziffern 454 ff.).

846. Im Vergleich zu den Einkommen sind die **Vermögen deutlich ungleicher verteilt**. private Haushalte in Deutschland verfügen zudem über geringere Vermögen als in vielen europäischen Staaten. Allerdings berücksichtigt der internationale Vergleich nicht die umfangreichen Anwartschaften auf Alterseinkünfte aus öffentlichen Systemen und Betriebsrenten, welche zentral für die Vermögensbildung sind und ungleichheitsmildernd wirken. Wenn Bürger durch eine gut funktionierende staatlich organisierte Alterssicherung zur Vorsorge veranlasst werden, kann dies den **Anreiz zur privaten Vermögensbildung** reduzieren. Des Weiteren steht aufgrund der vergleichsweise hohen Rentenbeiträge weniger Einkommen zur eigenen Vermögensbildung zur Verfügung.

Es sprechen gewichtige Argumente dagegen, der Vermögensungleichheit durch die Erhebung einer **Vermögenssteuer** zu begegnen. Sie hemmt insbesondere die Investitionstätigkeit von Unternehmen (Spengel et al., 2013; Wissenschaftlicher Beirat beim BMF, 2013). Aus diesem Grund wurden Betriebsvermögen vor der Aussetzung der Vermögenssteuer im Jahr 1997 in einem gewissen Ausmaß

verschont. Diese Ungleichbehandlung von Vermögen führte zur Verfassungswidrigkeit der Vermögensteuer. Hinzu kommt, dass die Erhebungs- und Entrichtungskosten der Vermögensteuer vergleichsweise hoch sind.

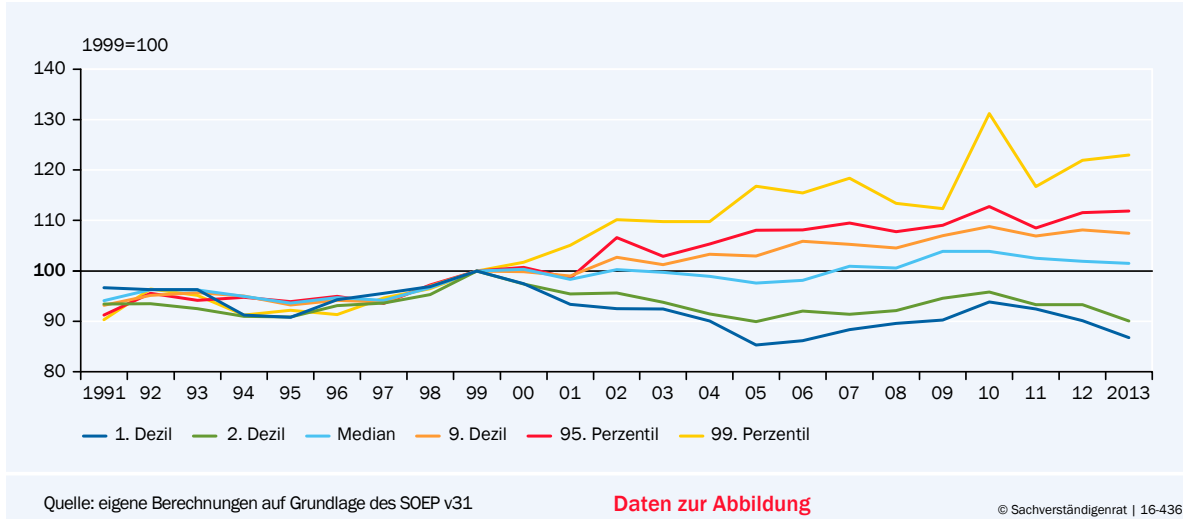
847. Bei vererbten Vermögen bekräftigt der Sachverständigenrat hingegen seine Einschätzung, dass vieles für die Erhebung einer proportionalen **Erbschaftsteuer** auf alle Vermögensarten spricht (JG 2015 Ziffern 807 ff.). Die derzeit bestehenden Verschonungsregeln für Betriebs- und Immobilienvermögen könnten dann gestrichen werden. Angemessene Freibeträge und großzügige Stundungsregeln würden Liquiditätsprobleme beim Übergang von Betriebsvermögen vermeiden. Dies wäre eine deutlich bessere Lösung als der kürzlich gefundene Kompromiss zur Erbschaftsteuer, der Unternehmen zu weitgehend verschont.

Eine andere Meinung

848. Ein Mitglied des Rates, Peter Bofinger, kann sich nicht der Einschätzung der Mehrheit anschließen, wonach sich in Deutschland „**eine vergleichsweise stabile Entwicklung der Einkommensungleichheit**“ zeige.
849. Bei der Entwicklung der Nettoeinkommen von Personen in Haushalten mit mindestens einem erwerbsfähigen Haushaltsmitglied hat sich seit dem Jahr 1999 eine **deutliche Schere** herausgebildet. Dies steht in einem **auffälligen Kontrast** zur Phase der Jahre von 1991 bis 1999, in der sich die Nettoeinkommen aller Einkommensgruppen – trotz eines recht divergenten Verlaufs der Markteinkommen – nahezu identisch entwickelt haben. ↘ ABBILDUNG 114 Seit dem Jahr 1999 sind die Nettoeinkommen im höheren Bereich um rund 10 % gestiegen, im Niedrigeinkommensbereich um 10 % gefallen. Dass sich diese Entwicklung besonders akzentuiert im Jahr 2005 herausgebildet hat, ist auf die damals – nicht zuletzt konjunkturell bedingt - sehr hohe Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Auffällig ist, dass es trotz der seither eingetretenen deutlichen Verbesserung der Beschäftigungslage bis zuletzt nicht mehr zu einer günstigeren Einkommensentwicklung für die Personen im unteren Fünftel der Verteilung gekommen ist.
850. Bei der hohen Unsicherheit über die zugrundeliegende Statistik erscheint es ohnehin sinnvoller, bei der Beurteilung der Einkommensentwicklung die **längerfristigen Trends** zu betrachten und nicht einzelne Jahre, wie das Jahr 2005, herauszugreifen, die zudem durch konjunkturelle Effekte ein überzeichnetes Bild der längerfristigen Entwicklung vermitteln.
851. Durch diese Phaseneinteilung wird auch deutlich, dass die zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen vom **Steuersystem** nach dem Jahr 1999 nicht mehr kompensiert werden konnte. Bei den Haushalten im höheren Einkommensbereich sind die Nettoeinkommen sogar deutlich stärker gestiegen als die Markteinkommen. ↘ ABBILDUNG 115 Dies könnte zumindest teilweise auf die im Jahr 2000 einsetzenden Effekte der **Steuerreform 2000** zurückzuführen sein,

▸ **ABBILDUNG 114**

Entwicklung der Nettoeinkommen für Personen in Haushalten mit mindestens einem erwerbsfähigen Mitglied

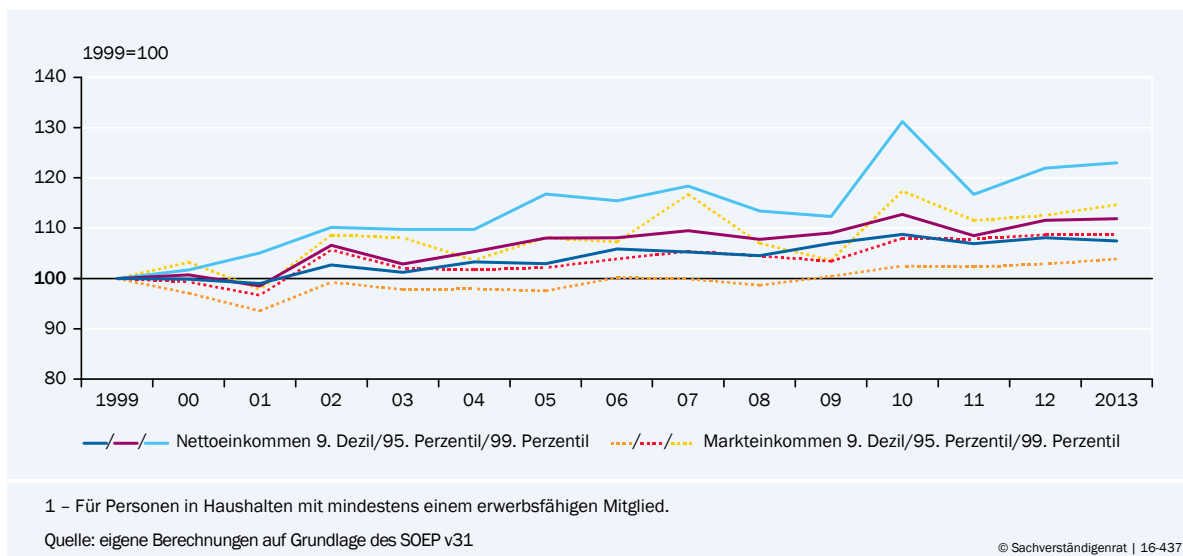


die zu einer deutlichen Verminderung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer von 53 % im Jahr 1999 auf 42 % im Jahr 2005 geführt hat.

852. Das Bild einer Schere in der Einkommensverteilung, die sich im vergangenen Jahrzehnt herausgebildet hat, vermittelt auch die **funktionale Einkommensverteilung**. ▸ **ABBILDUNG 116** Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die sich bis zum Jahr 2003 nahezu parallel zu den Einkommen aus Arbeitnehmerentgelten entwickelt haben, sind danach um 16 Prozentpunkte stärker gestiegen. Wiederum geht es dabei nicht um den Vergleich einzelner Jahre, die durch konjunkturelle Effekte überzeichnet sind, sondern um den längerfristigen Trend.
853. Die Mehrheit stellt fest, die **Aussagekraft der Lohnquote** hinsichtlich des Wohlstands der Arbeitnehmer sei begrenzt, da Arbeitnehmer nicht nur Arbeits-, sondern auch Kapitaleinkommen beziehen. In Anbetracht der sehr ungleichen

▸ **ABBILDUNG 115**

Markteinkommen und Nettoeinkommen im oberen Einkommensbereich¹

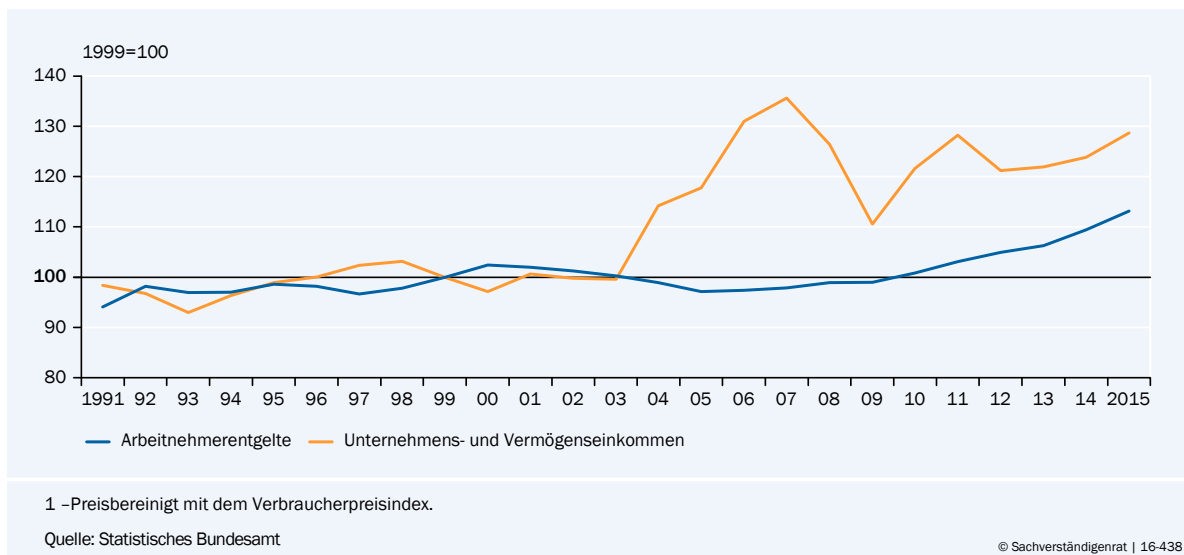


Vermögensverteilung und der hohen Korrelation zwischen Einkommen und Vermögen erscheint es sehr unwahrscheinlich, dass die Arbeitnehmer mit relativ niedrigen Arbeitseinkommen in großem Stil über Kapitaleinkommen verfügen.

854. Auffällig ist schließlich, dass die **Nettoeinkommen im unteren Bereich der Verteilung** über die Periode der Jahre von 1991 bis 2013 gesunken (erstes und zweites Dezil) oder nahezu konstant geblieben sind (drittes Dezil). Der **volkswirtschaftliche Wohlstandsgewinn**, wie er im Bruttoinlandsprodukt ausgewiesen wird, das in dieser Phase je Einwohner gerechnet um 29 % gestiegen ist, ist somit breiten Bevölkerungsschichten nicht mehr zugute gekommen. Wenn ein Vierteljahrhundert, das für Deutschland in besonderer Weise durch die Globalisierung geprägt gewesen ist, keine Verbesserung der materiellen Situation vieler Menschen mit sich bringt, ist es nicht überraschend, wenn politische Initiativen für eine weitere Marktöffnung auf wachsenden politischen Widerstand stoßen.
855. Die Mehrheit verweist zur Relativierung der im internationalen Vergleich hohen Konzentration der Vermögensverteilung darauf, dass die **unterschiedlichen staatspezifischen Sozialversicherungssysteme** den internationalen Vergleich von Vermögenswerten erschwerten. Dabei ist jedoch für Deutschland laut Eurostat für das Jahr 2012 festzustellen, dass die staatlichen Ausgaben für die Rentenversicherung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt unter dem Durchschnitt des Euro-Raums wie auch der EU-28 liegen.

▸ ABBILDUNG 116

Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung¹



Daten zur Abbildung

LITERATUR

- Adam, K. und P. Tzamourani (2016), Distributional consequences of asset price inflation in the Euro Area, *European Economic Review* 89, 172–192.
- Annuß, C. und M. Rupprecht (2016), Anlageverhalten privater Haushalte in Deutschland: Die Rolle der realen Renditen, *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 85, 95–109.
- Antonczyk, D., T. DeLeire und B. Fitzenberger (2010), Polarization and rising wage inequality: Comparing the U.S. and Germany, ZEW Discussion Paper 10–015, Mannheim.
- Attanasio, O.P. und S. Rohwedder (2003), Pension wealth and household saving: Evidence from pension reforms in the United Kingdom, *American Economic Review* 93, 1499–1521.
- Benabou, R. (1996), *Inequality and growth*, NBER Working Paper 5658, Cambridge.
- Biewen, M. und A. Juhasz (2012), Understanding Rising Inequality in Germany, 1999/2000–2005/06, *Review of Income and Wealth*, 58 .622–647.
- Bönke, T., G. Corneo und H. Lüthen (2015), Lifetime earnings inequality in Germany, *Journal of Labor Economics* 33, 171–208.
- Bönke, T., M.M. Grabka, C. Schröder, E.N. Wolff und L. Zyska (2016), *The joint distribution of net worth and pension wealth in Germany*, SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 853, The German Socio-Economic Panel (SOEP), DIW Berlin.
- Börsch-Supan, A., A. Reil-Held, R. Rodepeter, R. Schnabel und J. Winter (2001), The German savings puzzle, *Research in Economics* 55, 15–38.
- Brandmeir, K. und A. Holzhausen (2015), *Die Rendite der privaten Geldvermögen – Deutschland im internationalen Vergleich*, Allianz Economic Research Working Paper 195, München.
- Burda, M.C. und S. Seele (2016), *No role for the Hartz reforms? Demand and supply factors in the German labor Market, 1993-2014*, SFB 649 Discussion Papers, Sonderforschungsbereich 649, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Card, D., J. Heining und P. Kline (2013), Workplace heterogeneity and the rise of West German wage inequality, *The Quarterly Journal of Economics* 128, 967–1015.
- Credit Suisse (2015), *Global Wealth Databook 2015*, Credit Suisse Research Institute, Zürich.
- Cremer, G. (2016), *Armut in Deutschland: Wer ist arm? Was läuft schief? Wie können wir handeln?*, C.H. Beck, München.
- Deutsche Bundesbank (2016a), Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2014, *Monatsbericht* März 2016, 61-86.
- Deutsche Bundesbank (2016b), Verteilungseffekt der Geldpolitik, *Monatsbericht* September 2016, 15-38.
- Deutsche Bundesbank (2013), Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Bundesbankstudie, *Monatsbericht* Juni 2013, 25-52.
- Dustmann, C., B. Fitzenberger, U. Schönberg und A. Spitz-Oener (2014), From sick man of Europe to economic superstar: Germany's resurgent economy, *Journal of Economic Perspectives* 28, 167–188.
- Dustmann, C., J. Ludsteck und U. Schönberg (2009), Revisiting the German wage structure, *The Quarterly Journal of Economics* 124, 843–881.
- EZB (2013), *The Eurosystem household finance and consumption survey. Results from the first wave*, Statistics Paper 2/April 2013, Europäische Zentralbank, Frankfurt am Main.
- Engelhardt, G.V. und A. Kumar (2011), Pensions and household wealth accumulation, *Journal of Human Resources* 46, 203–236.
- Felbermayr, G., M. Battisti und S. Lehwald (2016), Einkommensungleichheit in Deutschland, Teil 1: Gibt es eine Trendumkehr?, *Ifo Schnelldienst* 69, 28–37.
- Goebel, J., M.M. Grabka und C. Schröder (2015), Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch: junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht, *DIW Wochenbericht* 82, 571–586.

- Grabka, M.M. und J. Goebel (2013), Rückgang der Einkommensungleichheit stockt, *DIW Wochenbericht* 80, 13–23.
- Grabka, M.M., J. Goebel, C. Schröder und J. Schupp (2016), Schrumpfender Anteil an BezieherInnen mittlerer Einkommen in den USA und Deutschland, *DIW Wochenbericht* 83, 391–402.
- Grabka, M.M., J. Goebel und J. Schupp (2012), Has income inequality spiked in Germany?, *DIW Economic Bulletin* 2, 3–14.
- Grabka, M.M. und C. Westermeier (2014), Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, *DIW Wochenbericht* 81, 151–164.
- Grave, B.S. und C.M. Schmidt (2012), The dynamics of assortative mating in Germany, *Ruhr Economic Papers* 346, RWI Essen.
- Hanushek, E.A. und L. Woessmann (2011), The economics of international differences in educational achievement, in: Hanushek, E.A., S. Machin und L. Woessmann (Hrsg.): *Handbook of the Economics of Education*, Bd. 3, Elsevier, 89–200.
- Heckman, J.J. (2006), Skill formation and the economics of investing in disadvantaged children, *Science* 312, 1900–1902.
- Hurd, M., P.-C. Michaud und S. Rohwedder (2012), The displacement effect of public pensions on the accumulation of financial assets, *Fiscal Studies* 33, 107–128.
- Kim, S. und R. Klump (2010), The effects of public pensions on private wealth: Evidence on the German savings puzzle, *Applied Economics* 42, 1917–1926.
- Lakner, C. und B. Milanovic (2016), Global income distribution: From the fall of the Berlin wall to the Great Recession, *World Bank Economic Review* 30, 203–232.
- Le Blanc, J., A. Porpiglia, F. Teppa, J. Zhu und M. Ziegelmeyer (2014), *Household saving behavior and credit constraints in the Euro Area*, Discussion Paper 16/2014, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main.
- Lerbs, O.W. und C. A. Oberst (2014), Explaining the spatial variation in homeownership rates: Results for German regions, *Regional Studies* 48, 844–865.
- Möller, J. (2016), *Lohnungleichheit – gibt es eine Trendwende?*, IAB Discussion Paper 9/2016, Nürnberg.
- Nimmergut, A., I. Meyer und T. Körner (2004), *Haushalte Heute 2003. Pilotstudie zur Umsetzbarkeit einer Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte in der amtlichen Statistik 2001–2003*, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Nolan, B., M. Roser und S. Thewissen (2016), *Stagnating median incomes despite economic growth: Explaining the divergence in 27 OECD countries*, VoxEU.org, 16. September.
- OECD (2016), *OECD Regions at a Glance 2016*, OECD, Paris.
- OECD (2015), Redistribution of income, in: OECD (Hrsg.): *Government at a Glance 2015*, OECD Publishing, 158–159, Paris.
- Peichl, A., N. Pestel und H. Schneider (2012), Does size matter? The impact of changes in household structure on income distribution in Germany, *Review of Income and Wealth* 58, 118–141.
- Perotti, R. (1996), Growth, income distribution, and democracy: What the data say, *Journal of Economic Growth* 1, 149–187.
- Schmid, K.D. und U. Stein (2013), *Explaining rising income inequality in Germany, 1991–2010*, SOEP-papers on Multidisciplinary Panel Data Research 592, DIW Berlin.
- Schwahn, F. und N. Schwarz (2012), *Einkommensverteilung als Baustein der Wohlfahrtsmessung. Ein Beitrag der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen*, *Wirtschaft und Statistik* Oktober 2012, 829–842.
- Spengel, C., L. Evers, U. Scheuring und F. Streif (2013), *Die Folgen von Substanzsteuern für Familienunternehmen, Staat und Gesellschaft*, Gutachten im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen, München.
- Statistisches Bundesamt (2016a), *62% des Bruttoeinkommens stammen aus Erwerbstätigkeit. Laufende Wirtschaftsrechnungen 2014*, destatis.de, 14.10.2016.
- Statistisches Bundesamt (2016b), *Trend gestoppt: Lohnspreizung nicht weiter gewachsen*, Pressemitteilung Nr. 322, Wiesbaden.

Tiefensee, A. und M.M. Grabka (2016), Comparing wealth – Data quality of the HFCS, *Survey Research Methods* 10, 119–142.

Voigtländer, M. (2009), Why is the German homeownership rate so low?, *Housing Studies* 24, 355–372.

Wissenschaftlicher Beirat beim BMF (2013), *Besteuerung von Vermögen – Eine finanzwissenschaftliche Analyse*, Gutachten 02/2013 des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Berlin.

Zhu, J. und M. Eisele (2013), *Multiple imputation in a complex house hold survey - the German Panel on Household Finances (PHF): Challenges and solutions*, Working Paper, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main.